Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 138. Freitag, den 16. Juni 1911. 18. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt".

Die Wahl in Österreich.

Die Sozialdemokratie hat einen schweren Kampf zu kämpfen gehabt. Über alles Erwarten glänzend war 1907 ihr Sieg gewesen. Die Partei hatte soeben den wichtigsten Erfolg errungen; in jahrelangem, mit stürmischem Elan und zäher Ausdauer, mit machtvollen Massenaktionen und klugem parlamentarischem Geschick geführtem Feldzuge hatte sie in dem alten reaktionären Staatsgebilde der Arbeiterklasse das gleiche Wahlrecht erstritten. Und noch mehr. In diesem von allen Furien des Nationalitätenhasses gepeitschten Österreich, mit seiner so langsamen ökonomischen Entwicklung, mit seinen zahllosen Parteisplittern, die durch skrupelloseste nationale und antisemitische Demagogie das politisch unreife Kleinbürgertum, die Masse der Wähler, an ihre Fahnen zu ketten suchen, in diesem Staate erschien die Sozialdemokratie als einzige Partei, die aus den ewigen Wirren den Ausweg zeigen konnte: Verdrängung der gewissenlosen und unfruchtbaren Demagogie, an deren Stelle der Ernst der großen Klassenkämpfe unserer Zeit treten muß, Überwindung des Nationalitätenhaders durch die freie und autonome Selbstbestimmung der in der Demokratie geeinten Nationen. Das neue Haus des gleichen Wahlrechts schien berufen, unter dem Antrieb einer starken Sozialdemokratie einen solchen Neuaufbau des Staates zu beginnen.

Einig und geschlossen, getragen von der Begeisterung ihrer Anhänger, mit Achtung und widerstrebender Bewunderung selbst von den Gegnern betrachtet, zog die Partei in die erste Schlacht unter dem gleichen Recht. Der Erfolg war über alle Erwartungen groß; 58 Mandate fielen ihr in der Hauptwahl zu, die die Stichwahlen noch um 30 vermehrten. Dagegen herrschte im bürgerlichen Lager aller Nationen der größte Wirrwarr. Die Parteizerklüftung, die das Kurienwahlsystem erzeugt hatte, dauerte fort, schwächte die bürgerlichen Parteien in der Hauptwahl und vergrößerte unsere Erfolge in der Stichwahl. Es war kein Zweifel, daß die neu errungene parlamentarische Stellung fast über die wirkliche Stärke der Partei hinausging.

In ganz anderer Situation beschritt diesmal die Sozialdemokratie den Kampfplatz. Das Haus des gleichen Wahlrechts erwies sehr bald seinen bürgerlichen Klassencharakter. Die Worte und der Geist blieben kleinbürgerlich, die Taten waren kapitalistisch-agrarisch. Trotz der unermüdlichen Arbeit der Sozialdemokratie machte die Sozialreform nur langsame Fortschritte, vereitelten die Agrarier, unterstützt von den schutzzöllnerischen Industriellen, jede wirksame Maßnahme gegen die Teuerung. Der demokratische Fortschritt stockte vollständig, das Nationalitätsproblem wurde nicht in Angriff genommen, aber die Forderungen der Weltpolitik, des Land- und Seemolochs in offener Verletzung der Verfassung befriedigt. Aus dem Verlauf des bosnischen Abenteuers hatte die Regierung neues Bewußtsein ihrer Stärke geschöpft und unter dem Einfluß des Thronfolgers, in dessen Geiste sich reaktionäre und imperialistische Strömungen vermählen, kehrten die Habsburger zu ihrer traditionellen Politik zurück: durch Ausnutzung des Nationalitätengegensatzes die Regierungsmacht zu stärken und die deutschnationalen Kräfte zu schwächen.

Der große Erfolg der Sozialdemokratie hatte aber noch andere Wirkungen. Wenn wir einmal eine Niederlage erleiden, so ist unsere erste und dringendste Sorge, unsere Organisation zu stärken, unsere Presse auszubauen, um die Bedingungen künftigen Sieges zu schaffen. Und wenn wir siegen, so treibt es uns erst recht zur Arbeit an der Stärkung unserer Organisation und Presse, um den Sieg zu behaupten und künftige Siege vorzubereiten. Das hat auch die österreichische Partei mit großem Erfolg getan und innerlich gestärkt ist sie diesmal in den Kampf gegangen. Aber jedes Wachsen unserer Macht ruft unsere Gegner zur Gegenwehr auf den Plan. Der Sieg der Sozialdemokratie hat auch in Österreich den Klassengegensatz zu seiner ganzen Schärfe und seiner ganzen Entschiedenheit erweckt. Die Unternehmer arbeiteten unermüdlich, um mit allen Mitteln ihrer wirtschaftlichen Macht unseren Gewerkschaften gelbe Organisationen, unserer Partei eine sogenannte nationale Arbeiterpartei entgegenzusetzen, die Arbeiter politisch und wirtschaftlich zu spalten, um ihre Angriffskraft zu lähmen. Vor allem aber waren sie entschlossen, der Sozialdemokratie die geschlossene Kampffront der bürgerlichen Parteien entgegenzustellen. Die Parole der Sammlung gegen die Sozialdemokratie war allgemein, und wenn sie auch nicht vollen Erfolg hatte, eine ähnliche Zersplitterung der bürgerlichen Parteien wie 1907 wurde doch verhindert.

Auf der einen Seite also Enttäuschung über das Parlament des gleichen Wahlrechts, dessen notwendigen Klassencharakter die Massen erst aus der Erfahrung kennen lernen mußten, auf der anderen starke Verschärfung der Klassengegensätze, die die herrschenden Klassen zur Abwehr gegen die Sozialdemokratie einten, das war die Situation, in der die Sozialdemokratie in die Wahlen eintreten mußte. Und noch ein Umstand kam hinzu. In die Partei selbst war der Zwiespalt eingedrungen. Die tschechische Sozialdemokratie hatte 1907 eine Reihe Mandate erobert, deren soziale Struktur sie als dauernden Besitz noch nicht reif erscheinen ließ. Dieser neben anderen Umständen führte die Partei auf den Abweg des Nationalismus. Als „Volkspartei" hoffte sie zu behaupten, was ihr als Arbeiterpartei nicht sicher schien. Die verderbliche Taktik brachte ihr keinen Gewinn; nicht sie, sondern ihre Gegner trugen den Vorteil aus dem Erstarken der nationalistischen Strömung davon. Und für die Gesamtpartei bedeutete das Abschwenken zum Nationalismus schwere Schädigung. Ihr moralisches Prestige als Überwinderin des Nationalitätenhaders wurde gemindert und in den Sudetenländern namentlich den Deutschnationalen ihre Agitation ungeheuer erleichtert; das Einfangen indifferenter Arbeiter in bürgerlich-nationale Organisationen hat der tschechische Separatismus stark gefördert.

Unter solchen Umständen mußte man von vornherein mit der Möglichkeit rechnen, daß der übergroße Sieg von 1907 nur schwer behauptet werden könnte. Wir möchten hierfür einen Führer des Deutschnationalen Verbandes, einen alten Gegner der Sozialdemokratie, Herrn Dr. Steinwender, zum Zeugen aufrufen, der einige Tage vor der Wahl im „Tag" schrieb:

> „Bei den Deutschen werden die Sozialdemokraten etwa ein Dutzend von Mandaten einbüßen. Aber nicht etwa deswegen, weil die Sozialdemokratie zurückginge oder weil sie ihre Versprechungen nicht eingehalten und enttäuscht hätte. Im Gegenteil, die Sozialdemokratie hat sehr viel durchgesetzt, insbesondere für die Bediensteten der Eisenbahnen, und gerade jetzt kann sie zwei Momente für sich in der Agitation mit großer Wirkung verwerten: die Teuerung und die Flottenrüstungen. Wenn sie trotzdem Mandate verlieren wird, so geschieht dies einfach deshalb, weil sie bei der ersten Erprobung des allgemeinen Wahlrechts in vielen Bezirken die Bürgerlichen auch dort überrannt hat, wo diese in entschiedener Mehrheit waren, aber ihre Kräfte auf zwei, drei oder auch vier Kandidaten zersplitterten. Die Sozialdemokratie hat bisher mehr Vertreter im Parlament gehabt, als ihr nach dem Verhältnisse ihrer Anhänger gebührte, und von dieser Übergebühr wird sie jetzt etwas abgeben."

Wir Sozialdemokraten aber sind gewöhnt, die Stärke unserer Partei nicht allein nach der Zahl der Mandate zu beurteilen, sondern nach der Zahl der Wählerstimmen. Doch gerade auch hier mußten Befürchtungen rege werden. Wenn je, so mußten 1907 die sogenannten Mitläufer unsere Zahl geschwellt haben, mußte diesmal alles, was nicht überzeugter Sozialdemokrat war, unsere Reihen verlassen. Blieb unsere Zahl auch nur erhalten, so bedeutete das bei dem gewissen Verlust unsicherer Elemente bereits einen starken Gewinn von Klassenkämpfern.

Gerade von diesem Gesichtspunkte aus dürfen wir nun mit freudiger Genugtuung konstatieren, daß die Partei sich ehrenvoll behauptet hat und, soweit jetzt ein Urteil möglich ist, etwa einen Gewinn von 50 000 Stimmen wird verzeichnen können. Allerdings verteilt sich der Gewinn nicht gleichmäßig. In den Sudetenländern Böhmen, Mähren, Schlesien, haben die erstarkten bürgerlichen Organisationen, das Wiederaufleben des Nationalitätenstreites, der tschechische Separatismus und der wirtschaftliche Terrorismus verursacht, daß wir unsere Stimmen nicht voll behaupten konnten. Aber was wir hier verloren, ist reichlich wett gemacht durch die Fortschritte, die wir in den Alpenländern und vor allem in Wien und Niederösterreich gemacht haben. In Wien allein haben wir rund 40000 Stimmen gewonnen und mit insgesamt 158 000 Stimmen alle anderen Parteien weit überflügelt.

Von Wien vornehmlich geht auch die weitaus wichtigste politische Wirkung dieser Wahlen aus: die zermalmende Niederlage der christlich-sozialen Partei. Mit Stolz dürfen wir sagen, daß wir vor allem es sind, die diese Partei niedergerungen haben. An dem Widerstand der Arbeiterklasse kam diese Partei zuerst zum Stehen und in unermüdlichem und rücksichtslosem Kampf haben wir ihre heuchlerische und verlogene Politik enthüllt, bis sie in ihrem abschreckenden Egoismus und ihrer verfaulten Korruption vor aller Augen nackt dastand. Mit dem „christlichen Sozialismus", der unter dem falschen Namen dem Kapitalismus die schmutzigsten Geschäfte besorgte, um schließlich der privaten Bereicherung seiner Führer zu dienen, ist es nun endgültig zu Ende. Und da die Christlichsozialen zugleich die streitbarsten und gefährlichsten Vorkämpfer des Klerikalismus gewesen sind, so ist der Wahltag auch für die klerikale Reaktion zu einem schwarzen Tag geworden. Und der dritte Leidtragende dieser Niederlage ist der Thronfolger und die von ihm protegierte Regierung Bienerth, deren verläßlichste Stützen die Christlichsozialen waren.

Für uns aber bedeutet der Sieg über die Christlichsozialen die Befreiung von dem tückischesten und gefährlichsten Feind der Arbeiterklasse. Als einziges Bollwerk gegen die Sozialdemokratie hatten sich die Christlichsozialen stets ausgegeben; nun ist das Bollwerk zerborsten und über seine Trümmer dringen siegreich unsere Scharen vorwärts.

In Schmutz und Schande sind die Christlichsozialen gestürzt. Gründlich hat das gleiche Wahlrecht Gericht gehalten. Und erinnert man sich, wie schwer es gelingt, unter einem Privilegienwahlrecht korrupten Klüngeln die Herrschaft zu entreißen, dann wird man die reinigende und moralische Wirkung des gleichen Wahlrechts erst richtig zu würdigen wissen.

Es ist nur eine andere Seite dieser Niederlage, wenn es den „Deutschfreiheitlichen" diesmal zum erstenmal seit langer Zeit gelungen ist, Erfolge zu erringen. Was sich unter den verschiedenen Parteibezeichnungen der Deutschnationalen verbirgt, ist eine recht gemischte Gesellschaft, die, von antiklerikalen Ideologen angefangen, bis zum industriellen Scharfmacher und agrarischen Reaktionär, alle Schattierungen aufweist. Ihre Erfolge werden Herrn Bienerth, dessen reaktionäre Verschleppungsregierung sie treu unterstützt haben, für die Verluste seiner christlichsozialen Lieblinge etwas entschädigen.

Bei den nichtdeutschen Nationen haben sich die Parteiverhältnisse wenig verschoben, und es sind geringe Aussichten, daß die Verhältnisse im neuen Reichsrat sich wesentlich ändern werden. Unsere Genossen können also von diesem Wahlausfall befriedigt sein.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die Volksschule gegen die Sozialdemokratie.

In Preußen wird bekanntlich kein Sozialdemokrat als Schulvorstandsmitglied bestätigt. Das preußische Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung veröffentlicht nun in seiner letzten Nummer eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, sicher zu dem Zweck, unter allen Umständen zu verhindern, daß etwa hier oder da ein Sozialdemokrat zur Mitwirkung in Schulfragen zugelassen werde.

In der Entscheidung wird ausgesprochen, daß es zu den gesetzlich der Volksschule zufallenden Aufgaben gehöre, die heranwachsende Jugend zu gottesfürchtigen und monarchisch gesinnten Staatsbürgern zu erziehen. Ein Mitglied des Schulvorstandes, welches der sozialdemokratischen Partei angehört, könne daher nach Maßgabe des § 44 III des Volksschulunterhaltungsgesetzes von der Zugehörigkeit zu dieser Behörde ausgeschlossen werden, da es sich der Achtung des Ansehens und des Vertrauens, welche die Mitgliedschaft eines Schulvorstandes erfordert, unwürdig mache.

In seiner Begründung weist das Oberverwaltungsgericht darauf hin, daß es zwar an einer besonderen gesetzlichen Bestimmung, gemäß der es die Aufgabe der Schule sei, die Schüler zu monarchisch gesinnten und gottesfürchtigen Menschen zu erziehen, mangele; doch sei auch ohne eine solche besondere Vorschrift eine derartige Pflicht der Schule anzunehmen. Denn da die Schulen Veranstaltungen des Staates zur Erziehung der heranwachsenden Jugend seien, so fallen ihnen auch ohne ausdrücklichen gesetzlichen Ausspruch schon wegen der Pflicht des Staates zur Selbsterhaltung die Aufgaben zu, durch den Schulunterricht die Jugend nicht nur mit den nötigen Kenntnissen zum Fortkommen im Berufsleben auszustatten, sondern sie auch zu Staatsbürgern heranzubilden, die fest auf dem Boden der bestehenden Staatsordnung und des Christentums stehen. Dieser Standpunkt sei auch durch die Geschichte der preußischen Volksschule wohl begründet. Bestehe hiernach kein Zweifel, daß zu den gesetzlich der Volksschule zufallenden Pflichten auch die Erziehung zu gottesfürchtigen und monarchisch gesinnten Staatsbürgern gehöre, so folge hieraus auch, daß die Mitglieder des Schulvorstandes zur Förderung dieser Aufgaben berufen und verpflichtet seien. Denn ihre Tätigkeit beruht auf einer Übertragung obrigkeitlicher Befugnisse und erstreckt sich nicht nur auf äußere, sondern auch auf innere Angelegenheiten des Schulwesens. Auf Grund dieser Übertragung staatlicher Aufgaben schließt aber die Zugehörigkeit zum Schulvorstand die Pflicht in sich, an der Erreichung

der Ziele der Volksschule, also auch an der Erziehung der Jugend zu gottesfürchtigen und monarchisch-gesinnten Staatsbürgern, tätig mitzuwirken. Wenn der Vorderrichter nun ausgesprochen habe, daß eine solche Mitwirkung nur bei Schulvorstandsmitgliedern gewährleistet wird, welche selbst auf dem Boden strenger Festhaltung der Verfassung, sowie der Pflicht der Treue und des Gehorsams gegen den König ständen, so sei diese Ausführung von Rechtsirrtum völlig frei.

Die „Gründe" des Oberverwaltungsgerichts erheben sich nicht über das Niveau rabulistischer Schwätzerei. Eine gesetzliche Vorschrift, wonach die Volksschule die Kinder zu gottesfüchtigen monarchisch gesinnten Menschen zu drillen habe, besteht nicht und damit basta! Die Bezugnahme auf die „Schule als Staatseinrichtung" geht völlig fehl; denn die Volksschule ist keineswegs eine Staatsanstalt — sie wird zumeist von der Gemeinde unterhalten und verwaltet — und, selbst wenn man hier davon absieht, wer ist denn Staat und Gemeinde? Doch die Gesamtheit der Bevölkerung, zu der auch die Sozialdemokraten gehören, die in allen Teilen die Lasten dieser Institutionen mit zu tragen haben. Das Urteil stellt sich aber dar als die Ausübung der Macht der herrschenden Gewalten gegen die Minorität, kann aber nicht als ein aus geltenden Gesetzen hergeleiteter Rechtsakt angesprochen werden.

Wilhelm II. in französischer Beleuchtung.

Der französische Schriftsteller Arren hat unter dem Titel „Wilhelm II." ein Buch erscheinen lassen, in dem die Fragen behandelt werden, Wilhelm II. ein Friedensapostel? Träumt er von der Vergrößerung des Deutschen Reiches? und Wie denkt er über die elsaß-lothringische Frage? Diese Fragen beantwortet der Verfasser an der Hand von privaten Äußerungen und öffentlichen Reden des Kaisers aus den letzten 23 Jahren.

Bethmann-Hollwegs Angst vor Heydebrand.

Die „Konservative Korrespondenz" forderte dieser Tage kategorisch von der Regierung eine Erklärung, wie sie dazu komme, mit Sozialdemokraten zu verhandeln. Es handelt sich um das von der konservativen Presse aufgebauschte Geschwätz von einer angeblichen Unterredung Bethmann-Hollwegs mit dem Abg. Frank. Obwohl diese Unterredung von allem Anfang an in das Reich der Fabel verwiesen worden war, wollte die konservative Partei eine formelle amtliche Erklärung der Regierung; Bethmann-Hollweg sollte bestraft werden für sein Unterfangen, Gesetze mit sozialdemokratischer Hilfe zu machen und Bethmann-Hollweg sank in die Knie vor Heydebrand. Die offiziösen „Berliner Politischen Nachrichten" bringen folgendes Entschuldigungsgestammel:

„Nachdem bereits vor einiger Zeit kategorisch in Abrede gestellt ist, daß der Reichskanzler den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Frank zu sich beschieden habe, um mit ihm über die elsaß-lothringische Verfassungsfrage zu verhandeln, taucht jetzt die Nachricht auf, der Reichskanzler habe den Unterstaatssekretär Wahnschaffe zu Herrn Dr. Frank in dieser Angelegenheit gesandt. Auch diese Version trifft, wie uns von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird, nicht zu. Richtig dürfte sein, daß der Unterstaatssekretär Wahnschaffe wenige Minuten einer Unterredung beigewohnt hat, die der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Dr. Delbrück mit Herrn Dr. Frank hatte gelegentlich einer Besprechung mit Mitgliedern der verschiedenen Parteien, die gewillt waren, den Gesetzentwurf betr. die elsaß-lothringische Verfassung zustande zu bringen."

Hoffentlich werden nun die Heydebränder dem langen Bethmann verzeihen!

Reichskanzler und Sozialdemokratie.

Zu den Ausführungen der „Kölnischen Zeitung", in denen gesagt wurde, es sei anzunehmen, daß die Verhandlungen Delbrücks mit sozialdemokratischen Ageordneten mit Wissen und Willen des Reichskanzlers geschehen seien, und verständigerweise sei nicht das geringste dagegen einzuwenden; es wäre doch wirklich das Unpraktischste, was die Regierungsvertreter hätten tun können, wenn sie die Vertreter einer so starken Partei, „wie es leider die Sozialdemokratie ist", grundsätzlich als Luft behandelte; das Vorhandensein dieser Partei werde dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß man sich so stelle, als ob sie nicht vorhanden wäre, und es wäre geradezu ein Verstoß gegen das Staatswohl, wenn die leitenden Männer aus hochmütigem Eigensinn wichtige Staatsaufgaben verfallen ließen, nur, um nicht mit sozialdemokratischen Abgeordneten ein sachliches Wort wechseln zu müssen, zu solchen Ausführungen bemerkt die „Post":

„Diese Auslassungen wären berechtigt, wenn es sich um staatserhaltende Parteien handelte. Auch wir sind selbstverständlich der Meinung, daß ein liberaler Reichskanzler mit konservativen Parlamentariern verkehren kann und verkehren muß. Etwas anderes aber ist es, wenn es sich um die Partei handelt, die unseren Staat, die Grundlage unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verneint, und noch in dieser Tagung im Reichstag die Einführung der Republik als ihr Programm aufstellte. Die Regierung verlangt von allen bürgerlichen Parteien, daß sie über ihre inneren Gegensätze hinwegsehen und sich zum Kampfe gegen diese Partei verbünden sollen. Die bürgerlichen Parteien sollen die Sozialdemokratie als das große Ungeheuer betrachten, mit dem sie weder Wahlbündnisse noch Verständigungen eingehen dürfen, die sie unter allen Umständen und mit allen Kräften bekämpfen müssen. Wie kann aber eine Regierung ein solches Verlangen stellen, wenn sie selbst mit derselben Partei Verhandlungen und Kompromisse eingeht. Eine sogenannte Sammlungspolitik bei den Wahlen gegen die Sozialdemokratie und im Reichstage Verständigungen und Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ist ein Widerspruch, der nicht gelöst werden kann."

Das Widerwärtige und Ekelhafte an solchen plumpen Scharfmachereien sind nicht die bissigen Ausfälle gegen den philosophischen Kanzler und seine Sammelparole, sondern die freche Schamlosigkeit, mit der die „Post" gewohnheitsmäßig die Mitglieder der größten politischen Partei als minderen Rechts hinstellt.

Die Hansabundstagung.

In der Hansabundstagung schreibt die „Konservative Korrespondenz", geradezu komisch sei es gewesen, daß sich Stresemann, ein nationalliberaler Abgeordneter, gegen das Übermaß von Gesetzen gewandt hätte. Niemand anders als die nationalliberalen und freisinnigen Agitatoren und Redner verlangten die meisten Gesetze in unserem Vaterlande und teilten wohl die meisten Versprechungen an die Wählermassen aus. Die Verteilung der Kalipropagandagelder sollte ein nationalliberaler Redner zur Wirkung auf die Massen lieber nicht benützen, denn die nationalliberale Fraktion des Reichstages habe durch den Abg. Dr. Bärwinkel in der Sitzung des Reichstages vom 22. März 1911 die Verwendung der Kaligelder durch die Reichsregierung gebilligt, und Bärwinkel habe sogar den „Bund der Landwirte" gegen die gänzlich unberechtigten Angriffe in Schutz genommen.

Das Beste habe sich aber unzweifelhaft Geheimrat Rießer zum Schluß aufgespart. In seinem Schlußworte sei er auf den „einzig springenden Punkt, der für jeden Vaterlandsfreund und national gesinnten Mann bei seiner Stellungnahme zum Hansabund entscheidend ist" gekommen, nämlich auf die Stellung zur Sozialdemokratie. Rießers Bemerkungen bedeuteten „eine offene Absage an jedwede Sammlungspolitik der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie, von welcher Seite die Anregung dazu auch kommen möge. Eine klipp und klare Erklärung, daß bei Stichwahlen zwischen rechtsstehenden Parteien und der Sozialdemokratie für den Hansabund die Sozialdemokratie das kleinere Übel ist, und daß der Hansabund, soweit als möglich, bei solchen Stichwahlen die Wahl eines Sozialdemokraten fördern und unterstützen will. Die Sammlung gegen die Sozialdemokratie wurde von Geheimrat Rießer offen als eine „Sammlung aller rückständigen Elemente" bezeichnet und damit endlich einmal der Öffentlichkeit klarer Wein eingeschenkt, wohin die Reise des Hansabundes geht." Die „Konservative Korrespondenz" meint, nach einer solchen offenen Stellungnahme für die Sozialdemokratie sei es für weite Kreise der Industrie und des Handwerks unmöglich und undenkbar, den Hansabund zu unterstützen. Vor allen Dingen gelte das für die Nationalliberalen, die doch vor kurzem noch im Reichstage feierlich erklärt hätten, daß sie als Parole bei den kommenden Stichwahlen verkünden würden: Unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie. „Schon seit längerer Zeit sei zu bemerken gewesen, daß der Hansabund auf der schiefen Ebene immer mehr weiter nach links gehe; schon seit einigen Monaten seien zu den Agitationsversammlungen hauptsächlich freisinnige Redner herangezogen worden, und die Teilnahme der nationalliberalen Abgeordneten an der Hansabundstagung sei nur sehr gering gewesen. Es werde Sache der Industrie und des Handwerks sein, zu entscheiden, wie weit sie diesen „offenbaren Linksabmarsch des Hansabundes" mitmachen wollten. Daß konservative und nationalliberale Kreise mit einem solchen Bunde, dessen letztes Ziel auf die offene Unterstützung und Förderung der Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen hinauslaufe, nicht mitmachen könnten, sei selbstverständlich und von Natur geboten.

Die Hansabundsbetrachtungen der „Konservativen Korrespondenz" sind nach dem Rezepte verfaßt: Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich! Die tapferen Hansabündler werden sehr überrascht sein, von der „Konservativen Korrespondenz" belehrt zu werden, letztes Ziel des Hansabundes sei „offene Unterstützung und Förderung der Sozialdemokratie".

Österreich-Ungarn.

Das vorläufige Gesamtresultat der bisherigen Reichsratswahlen ergibt für 449 am 13. Juni vorgenommene Wahlen 251 endgültig gewählte Abgeordnete, 171 Stichwahlen und 14 zweite Wahlgänge, letztere in Galizien mit zusammen 27 Mandaten. Zur Vervollständigung des Hauses auf 516 Mandate sind noch 67 Mandate in Galizien und Dalmatien zu besetzen. Der Besitzstand der Parteien stellt sich mit Einrechnung der Stichwahlergebnisse für solche Stichwahlen, wo sich Kandidaten derselben Parteigruppe gegenüberstehen, folgendermaßen: die Christlichsozialen besitzen 68 von 96 der im letzten Reichsrat innegehabten Mandate, die Tschechen 55 von 84, die Deutschfreiheitlichen 47 von 79, die Sozialdemokraten 44 von 87, darunter 12 im Besitze von Autonomisten, die Südslaven 28 von 37, die Polen 14 von 71, die Italiener 12 von 15, die Bukowinaer Ruthenen 5 von 5, die Rumänen 5 von 5 und Wilde 4 von 13.

Luxemburg.

Kammerwahlen. Bei den Wahlen zur Erneuerung der Hälfte der Kammer, durch die 21 Sitze zu besetzen waren, wurden direkt gewählt acht Klerikale und acht Liberale, darunter die ganze liberale Liste der Hauptstadt. An den Stichwahlen sind beteiligt: vier Liberale, ein Sozialist, vier Klerikale, ein Wilder. Die Liberalen verlieren bis jetzt zwei Sitze an die Klerikalen und gewinnen einen Sitz. Von Bedeutung ist die Niederlage des klerikalen Kandidaten Philippe in Luxemburg, der von einem Sozialisten in eine wenig aussichtsvolle Stichwahl gedrängt wurde.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 16. Juni.

Achtung, Tapezierer! Die Tapeziergehilfen Lübecks befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Zuzug nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Achtung, Maler! Über die Werkstellen Hargus Dirks u. Meier, Westphal und Grabau in Travemünde ist die Sperre wegen Nichtanerkennung des Tarifes verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Achtung Maler! Gemäß § 10 des Reichstarifvertrages (Schmutzkonkurrenz) ist über die Firma Drefahl die Sperre verhängt. Kein Kollege oder Arbeiter darf dort in Arbeit treten.

Die Tagesordnung der nächsten Bürgerschafts-Versammlung ist noch um folgende Punkte vermehrt worden: Neueinrichtung einer neunten Richterstelle bei dem Amtsgericht. Abänderung des Lübeckischen Gerichtskostengesetzes vom 12. November 1900. Belegung der Landstraße innerhalb der Ortschaft Schlutup mit Kleinpflaster.

Abgelehnte Errichtung einer Bedürfnisanstalt. Ein Senatsdekret, das dem Bürgerausschuß in seiner letzten Sitzung bekanntgegeben wurde, besagt: Der Bürgerausschuß hatte in seiner Sitzung am 5. April 1911 an den Senat das Ersuchen gerichtet, die Erbauung einer Bedürfnisanstalt in der Nähe der Ecke der Krempelsdorfer Allee und der Friedhofs-Allee in Erwägung zu ziehen und diese Anstalt möglichst gleichzeitig mit der Erbauung der Wartehalle für die Straßenbahn zur Ausführung zu bringen. Der Senat kann ein Erfordernis für die Errichtung einer solchen Anstalt, die offenbar in erster Linie zur Bequemlichkeit des vom und zum Vorwerker Friedhof verkehrenden Publikums gedacht ist, als vorliegend nicht anerkennen, da auf dem Vorwerker Friedhof völlig ausreichende Bedürfnisanstalten vorhanden sind. Hinzu kommt, daß für eine Bedürfnisanstalt an der Ecke der Krempelsdorfer und Friedhofs-Allee weder Wasser- noch Sielanschluß vorhanden ist. Der Senat vermag dem Ersuchen des Bürgerausschusses daher keine Folge zu geben.

Bedeutung und Nutzen des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität" und seiner Einkaufsstelle. Hierüber sprach am 13. Juni in einer öffentlichen Radfahrer-Versammlung im Gewerkschaftshause der Genosse Böing-Hamburg. Wie alle Arbeiter-Organisationen ist auch der Arbeiter-Radfahrerbund aus kleinen Anfängen hervorgegangen. Von der Erkenntnis durchdrungen, daß die bürgerlichen Klimbimvereine nur dazu angetan waren, den Arbeiter als Dekorationsstück zu benutzen und ihn von der Erfüllung gewerkschaftlicher und politischer Pflichten abzuhalten, haben Pfingsten 1896 zielbewußte Genossen den Grundstein zu dem jetzigen Bunde gelegt. Er hat in seiner Entwicklung alle Erwartungen übertroffen, die seine Gründer in ihn gesetzt haben und reiht sich jetzt als würdiges Glied den großen Arbeiterorganisationen an. Mehr als 120 000 Mitglieder füllen seine Reihen. Redner legte eingehend die Vorteile dar, die der Bund dem radfahrenden Arbeiter bietet. Diese liegen auf ideellem und materiellem Gebiete. Betätigung der Solidarität, gegenseitige Hilfeleistung rechnen zu den Hauptaufgaben der Mitglieder. Bei Radunfällen wird auf die Dauer von 13 Wochen eine Unterstützung gewährt, die je nach der Mitgliedsdauer zwischen 1 Mk. und 2 Mk. pro Tag beträgt. Bei Unfällen mit Todeserfolg wird eine Unterstützung von 50 Mk. den Hinterbliebenen gezahlt. Beim Tode eines Mitgliedes wird ein Sterbegeld bis zur Höhe von 75 Mk. gewährt, sodaß bei Radunfällen mit Todeserfolg die Hinterbliebenen zwischen 80 und 125 Mk. erhalten. Im weiteren ist eine Notfallunterstützung vorhanden und ein Rechtsschutz, der dann eintritt, wenn sich aus dem Radfahren Rechtsstreitigkeiten ergeben. Das Bundesorgan „Der Arbeiter-Radfahrer" wird den Mitgliedern unentgeltlich geliefert. Es enthält unterhaltende und belehrende fachmännische Abhandlungen. Im Jahre 1910 sind gezahlt an Unfall-Unterstützung 76 668,82 Mark, Sterbegelder 17 450,41 Mark, Rechtsschutz 8 575,48 Mark. Notfallunterstützung 4060,90 Mk. Diese Zahlen beweisen aufs beste die segensreiche Wirksamkeit des Bundes. Das Eintrittsgeld beträgt 75 Pfg., der monatliche Beitrag in Lübeck 40 Pfg.

Zum Genossenschaftswesen übergehend schildert Redner in anschaulicher Weise die Entwickelung der von der Arbeiterschaft ins Leben gerufenen Konsum-, Produktiv- und sonstigen Genossenschaften. Auch die Einkaufsstelle des Arbeiter-Radfahrerbundes, das Fahrradhaus „Frisch auf", Walter Wittig u. Co., rechnet dazu. Sie ist ebenfalls aus kleinen Anfängen hervorgegangen und hat schon heute, nach 3 Jahren, einen ansehnlichen Umsatz zu verzeichnen. Seit vorigem Jahre ist das Geschäft Eigentum des Arbeiter-Radfahrerbundes, dem die Überschüsse ungeschmälert zufließen, wodurch dessen Leistungsfähigkeit erhöht wird. Dieses ist der indirekte Vorteil des genossenschaftlichen Warenumsatzes. Unter Ausschaltung des Händlerprofits vermittelt die Einkaufsstelle den Radfahrern Waren erster Qualität zu reellen Preisen. Daß ein solch segenverheißendes Unternehmen Angriffen mannigfachster Art ausgesetzt ist, versteht sich von selbst. Ihm ergeht es hierin wie allen Arbeiterorganisationen. Teils sind es die Genossen aus den eigenen Reihen, die aus Unkenntnis und dem Einflusse von Interessenten folgend, dem eigenen Unternehmen Schwierigkeiten bereiten. In Leipzig hat sich ein Verband von Fahrradhändlern gebildet, dessen nachgewiesener Zweck es ist, das Fahrradhaus „Frisch auf" zu bekämpfen. Die Maßnahmen der Parlamente, durch Erdrosselungssteuern die Genossenschaften den Mittelständlern zuliebe zu unterdrücken, werden sicher dazu beitragen, auch unserem Unternehmen neue Freunde zuzuführen. Mit der Aufforderung, Mitglieder des Arbeiter-Radfahrerbundes zu werden und für seine Ausbreitung und die Ausbreitung seiner Einkaufsstelle in den Kreisen der Gewerkschaftskollegen und Parteigenossen zu wirken, schloß Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag.

In der Debatte wurde das Verhalten der Fahrradhändler, die sich dem vom Referenten erwähnten Fahrradhändlerverbande angeschlossen haben, einer scharfen Kritik unterzogen. Das Geld der Arbeiter nehmen diese Leute, sie scheuen sich aber nicht, sich denen zuzugesellen, die sich zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung vereinigt haben. Mit den Bundesmitgliedern aber, die als Fahrradhändler Mitglieder des genannten Verbandes sind, müsse mal ein ernstes Wort geredet werden. Einige hätten nicht den Mut gehabt, sich mit Namen zu nennen; sie figurieren in der Liste des Verbandes unter „Ungenannt". Hoffentlich werde diesen Leuten bald die Maske abgerissen. Folgende vom Genossen Feig eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heutige am 13. Juni tagende öffentliche Radfahrerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden; ferner verspricht sie, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, die uns noch fernstehenden Arbeiter-Radfahrer für unseren Bund zu gewinnen.

Invalidenversicherung. Nach dem Invalidenversicherungsgesetz kann eine Invalidenrente entzogen werden, wenn in den Verhältnissen des Rentenempfängers eine Veränderung eingetreten ist, die ihn nicht mehr als erwerbsunfähig erscheinen läßt. Zu dieser Vorschrift hat das Reichsversicherungsamt kürzlich folgende Erläuterung gegeben: Ein körperlicher Zustand, der einen Versicherten an sich befähigt, die gesetzliche Mindestverdienstgrenze (ein Drittel des für Personen seiner Art in Betracht kommenden Arbeitsverdienstes) zu erreichen, kann allerdings dazu führen, den Versicherten trotzdem als erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes zu behandeln, aber nur dann, wenn der Versicherte Gefahr läuft, durch die Verrichtung der ihm den Mindestverdienst sichernden Arbeit die Erwerbsfähigkeit wieder zu verlieren. Die Besorgnis, daß die Erwerbsfähigkeit nicht von Dauer sein werde, genügt nicht für die Feststellung der Fortdauer der Erwerbsunfähigkeit, auch wenn diese Besorgnis auf den Mangel an ausreichender Festigung der körperlichen Verhältnisse gestützt wird. Nur wenn sich sagen läßt, daß nach menschlichem Ermessen die Wiederaufnahme oder die Fortsetzung der Arbeit den Verlust der Erwerbsfähigkeit zur Folge haben werde, wird eine Fortdauer der Erwerbsunfähigkeit angenommen werden können.

Geteilte oder ungeteilte Schulzeit. Soziale und hygienische Gründe in großer Zahl sprechen für eine Unterrichtsverteilung, die den Nachmittag in der Regel frei läßt und

so den Kindern Gelegenheit zu ausgiebiger Erholung im Freien und namentlich zu Spiel und körperlicher Betätigung gibt. In den Großstädten des deutschen Südens wurde die Frage der „ungeteilten Schulzeit" bisher nur von seiten der höheren Schulen in Angriff genommen und zum Teil in dem Sinne gelöst, daß ein Teil der Anstalten oder je eine der bestehenden Parallelklassen den Vor- und Nachmittagsunterricht beibehielt, der Rest aber die „durchgehende Schulzeit" zur Durchführung brachte. So wurde den Eltern die freie Wahl zwischen geteilter ungeteilter Schulzeit geboten und es zeigte sich überall, daß die Bevölkerung in immer steigendem Maße dem Vormittagsunterrichte den Vorzug gab. Trotzdem hielt man in den Volksschulen unbeirrt an der alten Einrichtung fest, wonach vormittags von 8—11 oder 12 Uhr und nachmittags von 2—4 oder 5 Uhr unterrichtet wurde. In München machte sich in den letzten Jahren für den ausschließlichen Vormittagsunterricht eine rasch wachsende Bewegung geltend, die sich auch durch den Widerstand der Stadtvertretung nicht mehr zurückdämmen ließ. Unter dem Zwang dieser Bewegung nun veranstaltete vor kurzem die städtische Schulbehörde eine Umfrage bei den Eltern aller schulpflichtigen Kinder; man verlangte Aufschluß darüber, für wie viele Schüler und Schülerinnen eine Neuordnung in dem Sinne gewünscht werde, daß aller Unterricht auf die Zeit von 8—1 Uhr verlegt werde. Das Ergebnis dieser Umfrage war überraschend: mehr als 40 000 Kinder brachten den Stimmzettel für die durchgehende Unterrichtszeit zur Schule; nur 26 000 Stimmen traten für die Beibehaltung des vor- und nachmittägigen Unterrichts ein. Dieses Ergebnis deutet machtvoll darauf hin, wie dringend diese Frage eine zeitgemäße Regelung erheischt, und daß zu ihrer glücklichen Lösung nicht Schulbehörden und städtische Vertretung allein, sondern vor allem die zunächst interessierten Elternkreise zuständig sind. Es wäre bei Erledigung dieser und so mancher anderen Schulfrage den maßgebenden Kreisen recht nützlich, zu bedenken, daß sich die Reform veralteter und überlebter Einrichtungen mit Aufgebot entsprechender Machtmittel wohl für einige Zeit verzögern, aber nimmermehr verhindern läßt.

Wie verlangt man ausgebliebene Zeitungen? Wenn die bei der Post bestellte Zeitung nicht regelmäßig eintrifft, so können die Bezieher nur bei ihrem Postamte Nachlieferung verlangen, schriftlich oder mündlich, unter Angabe der Umstände, die zur Beschwerde Anlaß geben. Häufig wenden sich die Bezieher an die Geschäftsstelle der Zeitung; das ist unrichtig, denn nicht der Verlag ist es, der an den Bezieher liefert, sondern die Post. Die betr. Postanstalten sind verpflichtet, die verlangten Nummern nachzuliefern.

Die Familienunterstützung für die zu Übungen einberufenen verheirateten Landwehrleute und Reservisten betrifft eine Bekanntmachung der Heeresverwaltung. Diese lautet: Die zu einer Landwehr- oder Reserveübung einberufenen Mannschaften, welche für ihre Familie eine Unterstützung zu beanspruchen gedenken, können auf eine solche nur dann rechnen, wenn der Antrag nach § 1, Absatz 3 des Gesetzes betreffend die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften vom 10. Mai 1892 innerhalb vier Wochen nach Beendigung der Übung gestellt ist. Spätere Anträge werden fortan stets abgelehnt werden. Es ist auch gestattet, schon vor Antritt der Übung um Bewilligung der Unterstützung zu bitten, damit diese während der Übungszeit zur Auszahlung an die Familie des Übungspflichtigen gelangen kann. Die vorzeitige Antragstellung ist die empfehlenswertere, denn bei der großen Anzahl der zu den Reserveübungen einberufenen ist die Behörde nicht in der Lage, festzustellen, wer auf Unterstützung Anspruch hat. Sie zahlt auch Unterstützungen ohne Antrag nicht aus. Der Antrag kann sowohl von dem Reservisten selbst, als auch von einem seiner Familienangehörigen bei der Gemeindebehörde des Wohnsitzes des Reservisten gestellt werden, wenn der Militärpaß bei der Gemeindebehörde vorgelegt wird. Die schnellste Erledigung finden alle Anträge, die schon vor dem Einrücken des Reservisten von ihm oder einem seiner Familienangehörigen gestellt worden sind. Die Unterstützungen, die nur eine Entschädigung für das ausfallende Einkommen während der Übungszeit des Reservisten darstellen, werden nur an solche Reservisten gezahlt, die einen Hausstand zu unterhalten haben. Die Höhe der betreffenden Entschädigung ist je nach der Größe der Familie des Reservisten folgendermaßen festgesetzt und wird in diesem Rahmen bewilligt: Insgesamt erhält die Ehefrau für ihre sämtlichen Angehörigen höchstens 30 Prozent des durch die Verwaltungsbehörde bestimmten ortsüblichen Tagelohns. Für sich allein erhält die Ehefrau des Einberufenen 30 Prozent des Tagelohns, jedoch mit der Einschränkung, daß außer der Ehefrau nicht mehr als drei Angehörige unterstützt werden. Durch die Annahme dieser Unterstützung werden die politischen Rechte der Reservisten in keiner Weise beeinträchtigt.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 15. Juni, morgens 6 Uhr: Wasser 15, Luft 10; morgens 10 Uhr: Wasser 15½, Luft 17; mittags 12 Uhr: Wasser 16, Luft 19; abends 6 Uhr: Wasser 17, Luft 17 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 350 männliche (darunter — Klassen mit — Schülern) und 250 weibliche Personen.

Aufgehobene Konkurse. Das hiesige Amtsgericht macht bekannt, daß die Konkursverfahren über: 1. die offene Handelsgesellschaft Lübecker Zentral-Brotfabrik Petersen und Möller, 2. den Goldschmied und Juwelier Georg Friedrich Heinrich Creutzfeld, und 3. den Kaufmann Johannes Julius Paul Kornfeld, nach stattgehabter Schlußverteilung aufgehoben wurden.

Wegen Sittlichkeitsvergehen, begangen an einem Kinde, wurde am Mittwoch der Kellner eines hiesigen Gesellschaftshauses in Haft genommen.

pb. **Verhafteter Kuhdieb.** Ein Arbeiter aus Ravensbusch, der in der verflossenen Nacht von einer Koppel bei Vorwerk eine Kuh gestohlen hat, und diese in einem hiesigen Gasthofe zu verkaufen suchte, wurde festgenommen.

pb. **Festgenommen** wurde heute morgen ein mit dem Postdampfer von Kopenhagen hier eingetroffener fahnenflüchtiger Matrose der Kaiserlichen Marine.

pb. **Tierquälerei.** Festgenommen wurde wegen Tierquälerei und Sachbeschädigung ein Maschinenbauer, der einem ihm nicht gehörigen jungen Hunde die Ohren in roher Weise abgeschnitten hat.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Die morgige Vorstellung, die eine Neueinstudierung von Amets Schauspiel „Der Hüttenbesitzer" bringt, bietet den Darstellern interessante Aufgaben und ist namentlich der Philipp Derblay eine beliebte Gastrolle aller Heldendarsteller. Morgen ist sie als Antrittsrolle für Herrn Mehner ausersehen. Die Claire spielt Clara Bracco. Die Leitung liegt in den Händen des Herr Pichon. Die außerordentliche Nachfrage nach Karten zur „Fledermaus"-Aufführung mit Herrn Goebel als Eisenstein veranlaßt die Direktion die beliebte Operette in derselben Besetzung am Sonntag zu wiederholen. Montag ist die letzte Wiederholung von „Wann kommst du wieder?" — Frl. Wanda Wilden wird am kommenden Mittwoch nochmals gastieren und zwar als Frau von Wildenheim in „Der Veilchenfresser".

Schlutup. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet am Sonnabend, dem 17. Juni 1911 abends von 5 bis 7 Uhr im Lokale „Gasthof zur Linde" statt.

Hamburg. Der Kampf um die Konsumvereinssteuer in Hamburg. Am Mittwoch abend gelangte in Hamburgs Parlament die Konsumvereinssteuer, diese übelduftende Blume im Steuerbukett, zur Beratung und entfesselte eine sich bis Mitternacht hinziehende Redeschlacht. Über die Grundzüge dieser Steuer (8 Prozent vom Hundert des Erlöses) haben wir bereits berichtet. Die „Mittelständler" verlangen einen um etwa fünfmal höheren Steuerbetrag, den sie dann bis zur völligen Erdrosselung der Konsumvereine erhöhen möchten. Diesen Vorschlag bezeichnete Genosse Stolten als wahnsinnig. Die Mittelständler würden jeden für verrückt erklären, der von ihrem eigenen Einkommen denselben Steuersatz erheben wollte, den man hier den Konsumvereinen, das heißt den Arbeitern, zumutet. Die Rückvergütung sei kein geschäftlicher Gewinn, sondern das beim Einkauf zuviel gezahlte Geld. Bei den Hafenabgaben sträubte man sich, die eigenen Geschäfte zu belasten, während man hier die Arbeiter belasten wolle, damit der Mittelstand bessere Geschäfte mache. Das sei Politik in die eigene Tasche. Gegen diesen Raub an ihrem Eigentum, diese Revolution der ganzen Rechtsbegriffe wehren sich die Arbeiter mit Recht. Weshalb besteuere man nicht die kaufmännischen Geschäfte in ihren verschiedenen Variationen? Die von den großen Unternehmern ins Leben gerufenen Filialgeschäfte trügen viel mehr zur Vernichtung des Mittelstandes bei als die Konsumvereine der Arbeiter. Aber an den „kapitalistischen Wagemut" traue man sich nicht heran, der Konsequenzen wegen. Die „Mittelständler" gebärdeten sich wie wütend und möchten am liebsten tabula rasa mit den Konsumvereinen machen, die „die Vernichtung des gewerblichen Mittelstandes auf ihre Fahne geschrieben hätten". Auch eine blanke Denunziation wurde ausgesprochen. Der Notfonds der „Produktion" wurde als ein eigentlicher Streikfonds bezeichnet, wie überhaupt die tollsten Dinge gegen die verpönten Konsumvereine losgelassen wurden. Nach diesen vom krassesten Eigennutz diktierten Ausführungen bezeichnete Senator Dr. Schaefer den Einwand Stoltens, daß die Konsumvereinssteuer eine Doppelbesteuerung darstelle, in gewissem Sinne als richtig; aber dann müßte auch jede Besteuerung juristischer Personen aufhören. Dann ließ der Regierungsvertreter die volkswirtschaftliche Weisheit vom Stapel, daß die Aktiengesellschaften im Grunde genommen auch weiter nichts seien als — Konsumvereine. Einkaufsgenossenschaften seien wieder etwas anderes als Konsumvereine usw. Die auf der Reichsgesetzgebung beruhenden Konsumvereine zu vernichten, könne er keineswegs empfehlen, daher müsse die mittlere Linie innegehalten werden. Nach Ablehnung des Erdrosselungsantrages wurde, wie bereits berichtet, in namentlicher Abstimmung der Kommissionsantrag in erster Lesung mit 65 gegen 64 Stimmen beschlossen.

Kiel. Degradiert. Der Segelmachersmaat G., früher auf dem Kreuzer „Lübeck", wurde in nicht öffentlicher Sitzung wegen Beleidigung und vorschriftswidriger Behandlung eines Untergebenen in drei Fällen zur Degradation und zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Da auf Degradation erkannt wurde, muß es G. schon sehr schlimm getrieben haben.

Schwerin. Ein mecklenburgisches Landarbeiter-Idyll. Der Pferdeknecht F. und sein Sohn hatten auf dem Gute Karlshöhe in Mecklenburg gearbeitet und ihre Arbeit „ohne Rechtsgrund" verlassen. Sie waren deshalb von dem zuständigen Großherzoglichen Amt wegen Kontraktbruchs in Geldstrafen von 9 bezw. 4 Mk. genommen worden. Sie riefen das Amtsgericht Neubrandenburg um richterliche Entscheidung an. In der Verhandlung machten sie geltend, sie seien zum Verlassen des Dienstes gezwungen gewesen, weil es fortgesetzt in die ihnen als Wohnung angewiesenen Räumlichkeiten hineingeregnet habe. Die Gegenseite vermochte gegen diesen Vorhalt nichts einzuwenden. Trotzdem bestätigte das Gericht das Strafmandat gegen F. senior und erhöhte die Strafe bei F. junior auf 6 Mark. — Tüchtige Landarbeiter müssen eben Regen auch im Bett vertragen können!

Bremen. Die Bürgerschaft hat am Mittwoch zunächst die teilweise Ausführung der gärtnerischen Anlagen für den neuanzulegenden Bremer Friedhof in Osterholz beschlossen, die 618 000 Mk. erfordern. Das gesamte Friedhofsgelände umfaßt 600 000 qm und es werden für die Anlagen 1¼ Millionen Mark erforderlich sein. Die beschlossene teilweise Ausführung hat einen Flächeninhalt von 320 000 qm, was noch mehr ist als der Waller und Rhiensberger Friedhof zusammen. Wenn auch der Osterholzer Friedhof noch lange nicht an den Hamburger in Ohlsdorf hinsichtlich der Größe heranreichen wird, so ist aber sicher, daß die nach Entwürfen des Herrn Prof. Seeck und Gartenarchitekten Freye in Charlottenburg auszuführenden Anlagen ein Kunstwerk ersten Ranges sein werden. — Herr Hormann hatte in Rücksicht auf die Reichstagswahlen einen Antrag eingebracht, das Disziplinarverfahren gegen Beamte mit ausreichenden Garantien für deren Rechte zu versehen. Er schwächte den Antrag noch etwas ab und so konnte dann auch die Rechte für den Antrag stimmen, dessen Erledigung natürlich noch lange auf sich warten lassen wird. Die Lehrermaßregelungen scheinen den Herren doch bei den nächsten Wahlen Sorgen zu bereiten. — Ferner wurde noch ein Antrag angenommen, der den Fortbildungsschulzwang für die kaufmännischen Lehrlinge zum Ziele hat. Der Antrag ging von dem Kaufmann Richard Will aus, einem ernsthaften Befürworter des Fortbildungsschulwesens. Seine Klassengenossen lachten ihn aus, der Handelskammersyndikus Rösing sprach dagegen und so wird es beim alten bleiben. Genosse Rhein sagte den Herren so deutlich, daß sie nur Sonderinteressen im Parlament vertreten, daß der Präsident es rügen zu müssen glaubte.

Vom deutschen Rundflug.

In den frühen Morgenstunden des gestrigen Tages haben zum ersten Male „fliegende Menschen" auf einem Überlandflug Hamburg erreicht. Über die Fahrt berichten folgende Depeschen:

Schwerin, 15. Juni. Der heutige Start vollzog sich bei schönem klaren Wetter. Es starteten: um 4 Uhr 1. Min. Wienczierz, 4 Uhr 4 Min. Lindpaintner und um 4 Uhr 8 Min. Büchner.

Hamburg, 15. Juni. Büchner ist als Erster um 6 Uhr 29 Min. mit einem Passagier, dem Leutnant Steffen, auf dem Flugplatz gelandet. Die lange Flugzeit erklärt sich dadurch, daß er im dichten Nebel jede Orientierung verlor und eine Zwischenlandung vornehmen mußte. Er stieg bald wieder auf, verirrte sich jedoch wiederum im Nebel, bis es ihm schließlich gelang, die Richtung Hamburg zu finden. Er ging in schönem Fluge über das Zielband. Gleich nach seiner Landung setzte Regen ein. Lindpaintner ging bei Seedorf nieder, sein Motor setzte mehrfach aus. Lindpaintner mußte, da der Motor gänzlich stillstand, von 500 Meter aus im Gleitfluge niedergehen; er landete glücklich mit einem Passagier. Wienczierz ging bei Kirchsteinbeck, etwa 12 Kilometer von Hamburg, auf der Horner Chaussee wegen dichten Nebels nieder.

Hamburg, 15. Juni. Lindpainter ist 10 Uhr 12 Minuten eingetroffen. Er überflog in strömendem Regen die Ziellinie und landete in glänzendem Gleitfluge aus 300 Meter Höhe. Er sagt über seine Zwischenlandung: Ich hätte nicht nötig gehabt, herunterzugehen, aber ich sah, daß am Apparat ein Dorn gebrochen war und hielt es für besser, den Schaden zu reparieren.

Hamburg, 15. Juni. Wienczierz versuchte gegen 3½ Uhr nach beendeter Reparatur, mit seinem Eindecker wieder aufzusteigen. Beim Anlauf geriet er in eine Bodenunebenheit, wodurch der Apparat umkippte. Der Propeller sowie die Axe wurden beschädigt und der Motor fiel hierbei in einen Wassergraben. Hierdurch hat sich eine gründliche Reinigung des Motors als notwendig herausgestellt. Wienczierz läßt den Apparat demontieren und per Axe auf den Flugplatz schaffen. Die Reparatur wird noch heute nacht vorgenommen und Wienczierz hofft, morgen durch einen Flug nach der Unfallstelle und zurück nach dem Flugplatz bei Fuhlsbüttel die Etappe ergänzen zu können.

Hamburg, 15. Juni. König ist gegen 9¼ Uhr 2½ Kilometer nördlich von Siebeneichen, das 5 Kilometer von Büchen am Elb-Trave-Kanal liegt, wegen böigen Windes gelandet. Die Landung vollzog sich glatt. Er fliegt morgen weiter.

Hamburg, 15. Juni. Als voraussichtliche Starter für die morgen hier zum Austrag kommenden örtlichen Wettbewerbe können gelten: Schwandt, Wienczierz, Lindpaintner, Büchner und Paul Lange, event. kommen noch in Betracht König und Wittenstein, falls es diesen gelingt, Hamburg noch bis morgen vormittag zu erreichen, Laitsch, der zurzeit noch in Wernitz liegt und Thelen, der morgen mit der Bahn in Hamburg eintrifft.

Laitsch, der immer noch nicht in Wernitz aufsteigen konnte, gibt die Etappen Magdeburg-Schwerin und Schwerin-Hamburg wegen sehr ungünstigen Wetters definitiv auf; er schickt seinen Apparat nach Hamburg und wird wahrscheinlich an den dortigen örtlichen Wettbewerben teilnehmen. Hier wird er weiter für die vierte Etappe des Rundfluges am Sonnabend früh starten.

Nach Beendigung der Schauflüge in Schwerin hatte am Mittwoch dort die Verteilung der Ehrenpreise stattgefunden. Den Ehrenpreis des Großherzogs erhielt Lindpaintner, weil er die Etappe Magdeburg—Schwerin zurückgelegt hat und bis Schwerin der bestqualifizierte Flieger um den B. Z.-Preis ist. Den Ehrenpreis der Herzogin erhielt König, weil er als Erster zu den örtlichen Wettbewerben startete; den Ehrenpreis des Prinzen Heinrich der Niederlande Lindpaintner für die größte erreichte Höhe; den Ehrenpreis der Stadt Schwerin König, weil er die größte Gesamtflugzeit während der Schweriner Wettbewerbe aufzuweisen hat; den Ehrenpreis des Luftflottenvereins, Ortsgruppe Schwerin, Büchner, wegen der besonderen Leistung der schweren Landung in Schwerin, wobei er eine hervorragende Geistesgegenwart bewies, und den Ehrenpreis des Herrn Dr. Tust-Basthorst Wienczierz, weil er zuerst und mit der besten Zeit in Schwerin angekommen ist.

Am heutigen Freitag finden Schauflüge mit Preisverteilung in Hamburg statt.

Aus der Partei.

Preßprozeß gegen die Frankfurter „Volksstimme." Vor der Hanauer Strafkammer wurde heute gegen die Frankfurter „Volksstimme" verhandelt wegen eines Artikels über die Goldwarenfirma Gruber. Angeklagt war Redakteur Zander. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht war Zander zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt worden; die Berufungsinstanz erhöhte die Strafe auf 3 Monate Gefängnis. Bei der Firma Gruber war ein Goldarbeiter angestellt, der sich Unterschlagungen zuschulden kommen ließ. Als Anklage gegen ihn erhoben wurde, erhängte er sich. Die „Volksstimme" kritisierte im Zusammenhang mit dieser Sache die Lohnverhältnisse bei der Firma. Das Gericht unterstellte, daß die „Volksstimme" damit sagen wolle, daß der Chef der Firma Gruber schuld daran sei, daß der Goldarbeiter gestohlen und sich dann erhängt habe. Der Vorsitzende der Strafkammer bezeichnete ein solches Vorgehen als besonders ehrlos.

Mißhandeltes Versammlungsrecht. In Grona (Kreis Sargerhausen) hat der Amtsvorsteher Heinrot aus Obersdorf unsern Genossen eine Volksversammlung unter freiem Himmel mit der rechtswidrigen, aber gut preußischen Begründung verboten, daß der für die Versammlung in Aussicht genommene Hofraum „nicht genügt, zur Aufnahme einer größeren Anzahl von Personen, welche sich evtl. zusammenfinden" und daß durch die Personen, die „im Hofe keine Unterkunft finden, auf dem Chausseeterrain evtl. eine Störung des öffentlichen Verkehrs verursacht werden könnte." Dem Herrn Amtsvorsteher in Obersdorf kann nur dringend geraten werden, sich den § 7 des Reichsvereinsgesetzes einmal genau anzuschauen, damit er sich „eventuell" ähnliche „Begründungen" in Zukunft erspare.

Soziales.

Religionsunterricht und Fortbildungsschule. Der in Braunschweig tagende deutsche Gastwirtstag nahm auch zum Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen Stellung. Fachschuldirektor Dr. Haumann-Berlin führte aus, der fachliche Charakter der Fortbildungsschule müsse gewahrt bleiben; die Fortbildungsschule sei 25 Jahre ohne Religionsunterricht ausgekommen und werde es auch ferner können. Der deutsche Gastwirtstag stimmte einer Resolution zu, die im Sinne der Ausführungen des Redners gehalten war. Zum Schluß sprach man sich für eine mindestens dreijährige Lehrzeit aus. — Der braunschweigische Städtetag befaßte sich mit dem Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen und sprach sich gegen seine Einführung aus.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 15. Juni.

Auftrieb 1342 Schweine. Markt langsam geräumt. Überstand 87 Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 52,— bis 53,00 (41,50 bis 42,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., —,— bis 53,00 (—,— bis 42,50) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 53,00 bis 54,00 (41.50 bis 42,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 53,50 bis 54,00 (41,50 bis 42,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,00 bis 52,00 (38,00 bis 39,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 48,— bis 49,— (38,50 bis 39,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 40,— bis 46,— (34,50 bis 36,00) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H. **LÜBECK** Holstenstr.

SERIEN-TAGE

95 ₰ **1.25 Mk.** **1.95 Mk.** **2.95 Mk.** **3.95 Mk.**

In sämtlichen Abteilungen des Hauses sind zu enorm billigen Preisen grosse Warenposten aufgestapelt, welche im regulären Verkauf einen bedeutenden Mehrwert haben. In Verbindung mit der Rabatt-Vergünstigung (bei jedem Einkauf von 20 Pfennig an Rabatt-Marken) bietet diese Veranstaltung eine Kaufgelegenheit, wie sie günstiger kaum denkbar ist.

Ferner sind in der Lebensmittel-Abteilung unseres Geschäftshauses enorm billig zum Verkauf gestellt:

Vom Lübecker Schlachthof:
Prima junges
Rindfleisch
Pfund **65** Pfennig
Bratenstücke Pfund 75 ₰

Frischer hiesiger **Spargel** Pfd. **17** u. **45** ₰
Frische Kirschen . . Pfd. **30** ₰
Ananas-Erdbeeren . . Pfd. **48** ₰
Blumenkohl . . . . . Kopf **28** ₰
Grüne Stachelbeeren Pfd. **13** ₰
Junge Gurken Stück **12** u. **15** ₰
Kopfsalat . . . . . Kopf **4** ₰

Frische große Eier 10 Stück 59 ₰
Appetit-Sild . . . . . Dose 38 ₰
Tilsiter Käse, pikant . . Pfd. 40 ₰
Schweizer Käse . . . . Pfd. 68 ₰
Holländer Käse . . . . . Pfd. 98 ₰
Fromage de Brie . . . . Pfd. 78 ₰
Schweineschmalz gar. rein Pfd. 63 ₰
Zucker gemahlen . . . . Pfd. 21 ₰
Salz . . 9 ₰ Soda 3 Pfd. 10 ₰
Reismehl . . . . . Pfd. 17 ₰
Puddingpulver . . 10 Pakete 45 ₰
Rote Grützpulver . 10 Pakete 45 ₰
Block-Schokolade . . . Block 55 ₰
Marmelade . . . . . 5 Pfd. 115 ₰
Zucker-Honig . . . . . Pfd. 28 ₰

Neue Schabekartoffeln Pfd. **14** ₰
Neue Jager **Matjesheringe 10** u. **12** ₰
Braunschweig. **Schinkenspeck** Pfd. **1.20 Mk.**
Lachs, geräuchert . Pfd. **95** ₰
Nordische Anchovis . Glas **28** ₰
Ia. Tafelöl 1/2 Fl. **65** 1/4 Fl. **35** ₰
Fruchtwein . . . . Flasche **65** ₰

Vom Lübecker Schlachthof:
Prima junges
Schweinefleisch
Pfund **60** ₰
Bratenstücke und Karbonade mit Fett Pfd. 70 ₰

Frisch gerösteter Kaffee 3 Spezial-Mischungen von feinstem Geschmack und Aroma. **Lübecker Mischung** 1/2 Pfd. **70** ₰ **Hamburg. Mischung** 1/2 Pfd. **80** ₰ **Bremer Mischung** 1/2 Pfd. **90** ₰

Gratis! 1 Paar elegante Hosenträger erhält jeder Käufer am Freitag, Sonnabend, Sonntag d. W. Gratis!

Herren-Anzüge solide, dauerhafte Ausführung, moderne Muster in allen Farben . . . . . **19.50** Mk.

Herren-Anzüge elegante Ausführung, prima Rosshaar-Verarbeitung, nur neueste, moderne Stoffe . . . . **26.50** Mk.

Herren-Stiefel solide Ausführung, alles Leder . . . . . **6.75** Mk.

Herren-Stiefel elegante Ausführung, in Chevreaux und Boxcalf . . . . . **8.75** Mk.

1 Posten Kinder-Anzüge, Blusen u. Sport in den Grössen 2, 3, 4, 5 u. 6

Gr. Burgstr. 30 **Gr. Burgstr. 30**

Schinken in Stücken
Pfd. 115 Pfg.

Speck, fett u. mager	Pfd.	85 ₰
Schmalz	„	60 „
Holländer Käse . . .	„	80 „
Schweizer Käse . . .	„	80 „
Tilsiter in Stan. . . .	„	60 „
Tilsiter Fettkäse . . .	„	40 „
Holsteiner Käse . . .	„	20 „
Lachs, ger.	1/4 „	30 „
10 Eier	„	60 „
10 neue Sommf.-Heringe		45 „
10 fette Heringe		45 „

Eduard Speck
Hüxstraße 80 u. 82.

Pa. geräucherter Schinken in Stücken pro Pfd. **1.— Mk.**
Pa. dicke Flomen p. Pfd. **60** ₰
Pa. Kopf u. Bein frisch und gepökelt . p. Pfd. **15** ₰
Pa. Eisbein frisch und gepökelt . p. Pfd. **40** ₰
Pa. Kochrippen frisch und gepökelt . p. Pfd. **15** ₰
Pa. weißes Schmalz b. Abnahme v. 4 Pfd. p. Pfd. **65** ₰
Pa. ger. Schweinebacken ohne Knochen . . . p. Pfd. **65** ₰
Pa. fetten Speck b. Abnahme v. 4 Pfd. p. Pfd. **65** ₰
Pa. mageren Speck b. Abnahme v. 4 Pfd. p. Pfd. **75** ₰
Prima Schweinefleisch, Bratenstücke . . . . . **Pfd. 65** ₰
M. Lahrtz, Böttcherstr. 16. Fernr. 1874.

Dilettanten-Klub „Freiheit".
Gr. theatralischer Abend

am Donnerstag, dem 22. Juni, im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50
zum Besten des Wahlfonds der sozialdemokratischen Partei.
Zur Aufführung gelangt:
„Im Hinterhause".
Soziales Drama in 4 Aufzügen.
Kassenöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pfg.
Programm frei. Kinder die Hälfte.
Das Komitee.

Karten sind zu haben bei **Wittioht**, Hüxstraße; **Lender**, Hüxstraße; **Fr. Berg**, Fünfhausen; **Fr. Fieland**, Hundestraße; **Binenda**, Rosengarten; **Pagels**, St. Johannis; **Boysen**, Holstenstraße: **Lezau**, Böttcherstraße und im **Gewerkschaftshaus.**

Großes Jagd- u. Scheibenpreisschießen
am Sonnabend, 17., u. Sonntag, 18. Juni, im Lokale des Herrn G. Ehlers, Hüxstraße.
Preis der Schießkarte 50 Pfg.
Hierzu laden ergebenst ein **G. Ehlers. W. Krüger.**

Ahrensbök.

Gewerkschaftsfest am Sonntag, 18. Juni
Nachmittags 2 1/2 Uhr:
Festzug durch den Ort nach dem Gehölz Langendamm.
Hierselbst: **Festrede, Konzert und Volksbelustigungen aller Art.**
Abends: **Ball** im Lokale des Herrn Fr. Strehse.
Preis der Karte 30 Pfg.
Zu diesem ersten Gewerkschaftsfest sind alle auswärtigen Gewerkschaften und Arbeitervereine hiermit freundlichst eingeladen.
Das Festkomitee.

Weibliche Jugend.
Ausflug
am Sonntag, dem 18. Juni 1911 nach dem Fischerbuden.
Treffpunkt 4 Uhr am Kandelaber vor dem Mühlentor.
Jedes junge Mädchen von 14 bis 18 Jahren willkommen.
Der Jugend-Ausschuß.

Stadthallentheater.
Sonnabend 8 Uhr. Außer Abonn.
Jeder Platz 50 Pfg.
Gastsp. d. Herrn **Adolf Mehner.**
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 4 Akten.
Sonntag: Gastspiel **Ed. Goebel.**
Die Fledermaus.

Geschäfts-Uebernahme.

Hierdurch zeige ich ergebenst an, dass ich mit dem heutigen Tage das seit langen Jahren von Herrn **J. Hamann Adlerstrasse 33 d** geführte

Kolonial- und Fettwaren-Geschäft

wieder eröffnet habe. Indem ich versichere, stets nur gute Ware zu halten, bitte ich alle Freunde und Bekannte, mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll
H. Ferchland, J. Hamann Nachf.,
Adlerstraße 33 d, Ecke Klappenstraße.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübeck

Einladung zum
18. Stiftungs-Fest
verbunden mit
Preisschießen, Damen- und Kindervergnügen, Korsofahrt, Saal- und Reigenfahren
am Sonntag, dem 18. Juni 1911
im „Gewerkschaftshaus", Johannisstraße 50—52.
4—6 Uhr Garten-Konzert. **Ende 2 Uhr.**
Eintritt 60 Pfg., einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Preisschießen findet statt von 11—1 und 4—8 Uhr.
Beginn der Korsofahrt nachm. 3 Uhr Brolingstr., Ecke Schwartauer Allee.
4—6 Uhr: Radballspiel.
Das Komitee.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 138. Freitag, den 16. Juni 1911. 18. Jahrg.

Die Judenverfolgungen und der Antisemitismus in Rußland.

Wir entnehmen den nachstehenden Artikel, der in recht instruktiver Weise eine der aktuellsten Fragen der russischen Politik behandelt, der soeben erschienenen Nr. 25 des „Golos Sozialdemokrata."

Wenn noch irgend welche Beweise der beginnenden gesellschaftlichen Belebung in Rußland nötig gewesen wären, so sind sie von der Zuspitzung der jüdischen Frage geliefert worden, die schon seit langen Jahren den wichtigsten Probierstein der russischen „inneren Politik" bildet.

In der Tat, in den letzten Monaten hat die jüdische Frage wieder den Vordergrund des politischen Lebens in Rußland eingenommen. Ganz abgesehen von dem Ausbruch des Antisemitismus in Russisch-Polen, der für viele unerwartete Dimensionen angenommen hat, gibt die echtrussische „Judenfresserei" auch in Rußland, dank den Bemühungen der Duma und der „Energie" der Regierung Stolypins, immer deutlichere Lebenszeichen von sich. Die scheinheilige Annahme der „gesetzgeberischen Präposition" über die Abschaffung des „jüdischen Ansiedelungsrayons" (eines der ärgsten Überbleibsel der mittelalterlichen Barbarei) in der Duma wurde bekanntlich begleitet von einer enormen Verschärfung der Judenverfolgungen in allen Gebieten des russischen Lebens, von Massenausweisungen der Juden, Einführung der Prozentnorm für jüdische Externe und endlich von provokatorischen Hetzereien aus Anlaß der Ermordung eines Knaben in Kiew, die von den Pogromisten benutzt wurde, um das Märchen von den jüdischen Ritualmorden wieder aufzufrischen.

Wenn — wie der echtrussische Abgeordnete Schulgin in der Duma erklärte — „jede Revolution in Rußland über die Leichen der Juden gehen wird", so ist Grund zur Befürchtung vorhanden, daß die „Leichen der Juden", diese traditionellen Sühneopfer der russischen Reaktion, lange vor der Revolution, bei den ersten Anzeichen der beginnenden Belebung erscheinen werden. Anfang Februar hat die Duma die Abschaffung des „jüdischen Ansiedelungsrayons" im Prinzip gutgeheißen. Nach dieser „Geste" eines Teiles der Oktobristen, die sich zwar der Opposition anschlossen, aber es vermieden, ihrem Votum durch die Annahme des sozialdemokratischen Antrages über Einstellung der Massenverfolgungen der Juden den nötigen Halt zu geben, — folgten die „Tatsachen" seitens ihrer Nachbarn auf der rechten Seite des Hauses. Die Kommission, die den Auftrag erhalten hatte, „binnen eines Monats" einen Bericht über die Abschaffung des Ansiedelungsrayons auszuarbeiten, hatte wahrscheinlich noch keine Zeit gefunden, auch nur ein einziges Mal zusammenzutreten, als die Pogromistenführer Purischkewitsch, Markoff u. a., unter dem Beifall der gesamten Regierungspresse, ihre Interpellation wegen der angeblichen Benutzung von Christenblut durch die Juden in der Duma einbrachten. Diese Interpellation wurde mit Hilfe der ungeheuren Armee der echtrussischen Blätter und Blättchen in eine Pogromkampagne von einem bisher unerhörten Umfange verwandelt, die sich über das ganze Reich erstreckte. Vielleicht wird es auch gelingen, irgendwo einen Pogrom zu veranstalten und jüdisches Blut zu vergießen — Proletarierblut natürlich, denn sowohl die Pogrome, wie der Ansiedelungsrayon und die Massenausweisungen, diese „chronischen Pogrome", treffen mit besonderer Heftigkeit die ärmsten und schutzlosesten Schichten der jüdischen Bevölkerung.

Die Judenfrage in Rußland ist vorzugsweise eine politische Frage. Im besonderen erscheinen die Pogrome keineswegs als der Ausdruck eines spontanen Religions- oder Rassenhasses der Russen gegen die Juden, sondern im Gegenteil als Kampfesmittel der Regierung, ihrer Agenten und Verbündeten gegen die allgemein-revolutionäre Bewegung. Nach den Pogromen am Anfang der 80er Jahre, der Epoche der höchsten Anspannung der damaligen revolutionären Kämpfe und der stärksten Angst des „Kriegsgefangenen zu Gatschina", wie Marx den Zaren Alexander III. nannte, traten sie erst mit dem Anschwellen der revolutionären Bewegung am Anfang dieses Jahrhunderts wieder in Erscheinung, wo die jüdische Intelligenz und das jüdische Proletariat in der Tat eine hervorragende Rolle spielten. Jetzt wurden die Pogrome als Aderlässe der Revolutionsarmee fast offen von der Regierung anerkannt. Die Pogrome in Kischinew und Homel, die Pogrome, die gleich nach der Verkündung des Oktobermanifestes im ganzen Reiche stattfanden, endlich die Pogrome in Bialostock und Sjedletz im Sommer 1906 — alle diese Pogrome waren mit kühler Erwägung von oben her vorbereitet und von den Schutzabteilungen und den Schwarzen Hunderten organisiert, alle fanden mit der Unterstützung der Polizei und der Truppen statt, und in allen darauf folgenden Prozessen war es unmöglich, die Anzeichen eines „Nationalitätenhasses" festzustellen.

Endlich erfolgte die Krönung des Gebäudes, die allerhöchste Begnadigung der verurteilten Pogromhelden durch Nikolaus II., der der offizielle Chef der Pogromistenorganisation wurde. Um jeden Zweifel an den wahren Charakter dieser Politik zu zerstreuen, inszenierte die Regierung zu gleicher Zeit das armenisch-tatarische Blutbad (im Kaukasus) und die Niedermetzelungen der radikalen russischen Intelligenz durch die Echtrussen . . .

. . . . Alle diese Verfolgungen trafen natürlich am furchtbarsten das jüdische Proletariat, das mit einem solchen Idealismus und Glauben gegen die Selbstherrschaft ins Feld gezogen war. Nachdem es während der Revolution alle Schrecken der Oktoberpogrome durchgemacht, mußte es gleich darauf die grausamsten Schläge der Gegenrevolution über sich ergehen lassen. Den Worten nach, donnern die Schwarzhunderter gegen die „jüdische Übermacht", d. h. gegen das jüdische Kapital. In Wirklichkeit aber treffen die Judenverfolgungen am empfindlichsten das jüdische Proletariat (dem sogar, wie jüngst die Ausweisung von 300 streikenden Arbeitern aus Riga zeigte, die Führung von Lohnkämpfen verboten ist) und die kleinbürgerliche Intelligenz, deren Kindern jetzt fast jede Bildungsmöglichkeit verschlossen ist . . . .

. . . Indessen, während der „ernüchterte" russische Liberalismus zur Zeit der Gegenrevolution angefangen hat sein „nationales Gesicht" zu suchen, hat in den Schichten des Proletariats, des Kleinbürgertums und zum Teil des Bauerntums, wo die Prgrompropaganda vor und am Anfang der Revolution Erfolg hatte, der blinde und dunkle Antisemitismus zweifellos bedeutend abgenommen. Die kolossale Erschütterung, die ungeheure Ideenverschiebung, die die Revolution in den breiten Massen im Gefolge hatte, hat zweifellos dauernde Spuren hinterlassen. Neben dem Mißtrauen zu allem, was von den Führern der Schwarzhunderter, den Geistlichen und den Junkern ausgeht, sind in diese Massen auch richtigere Vorstellungen über die Juden eingedrungen. Und der Kampf des jüdischen Proletariats gegen die Regierung und die eigene Bourgeoisie hat am besten und deutlichsten die ewig hervorgezerrte Lüge von den jüdischen Reichtümern widerlegt und das Märchen zerstört, daß der Jude und der Kapitalist miteinander identisch seien.

Diese Aufklärungsarbeit wird von der ganzen Epoche der Gegenrevolution, mit ihrer zynischen Politik der Regierung und des Adels, mit ihrer Duma, die die politischen und sozialen Kämpfe in Rußland grell widerspiegeln, fortgesetzt. Wenn die Pogromagitation ungeachtet ihres Umfanges und ihrer Hartnäckigkeit gegenwärtig keinen Erfolg haben wird, so können wir das ausschließlich der gewaltigen Aufklärungsarbeit der Revolution und der Gegenrevolution verdanken. Mehr noch. Wenn die jüdische Frage, eine der wichtigsten politischen Fragen Rußlands, bisher die Aufmerksamkeit der vorgeschrittenen russischen Arbeiter zu wenig in Anspruch genommen hat, so wird diese Pogromagitation sie vielleicht zwingen, gegenüber dieser Frage in ihrer ganzen Kompliziertheit, und zur Frage des „jüdischen Ansiedelungsrayons" im besonderen eine größere Aktivität an den Tag zu legen. Als politische Frage, im Sinne der vollen Gleichberechtigung der Juden, wird die Judenfrage in Rußland natürlich erst gelöst werden, wenn sich die politischen Bedingungen radikal ändern werden, d. h. wenn der jetzt herrschende wilde Krautjunker von dem europäisierten Bourgeois verdrängt wird, für den die Freizügigkeit der Kapitalien und der Menschen und die bürgerliche „Gleichheit" vor dem Gesetze" die Grundlage seiner Existenz bildet. Daraus folgt aber keineswegs, daß diese Frage von dem allgemein-demokratischen Kampf des russischen Proletariats getrennt werden kann. Der Kampf gegen die Judenverfolgungen muß im Gegenteil ein Element dieses allgemeinen Kampfes werden, in demselben Maße wie die Verfolgungen der „Fremdvölker" und vor allem der Juden ein Bestandteil der konterrevolutionären Politik der Regierung geworden sind . . .

Bogdan Knuniantz-Radin. Immer größer wird die Zahl der Opfer, die das russische Proletariat dem Moloch des Zarismus bringt, immer stärker die Lücken, die der Tod in den Reihen der sozialdemokratischen Partei Rußlands reißt. Der Besten einer ist nun in der Gestalt des Genossen Bogdan Knuniantz aus unseren Reihen geschieden. Plötzlich und unerwartet ist dieser starke, rüstige Mann, dessen Kämpfernatur aller Hindernisse spottete, dessen Energie und Tatkraft auch in den Jahren der finstersten Reaktion nicht versiegte, von seinen Feinden zur Strecke gebracht worden. In den finsteren, verseuchten Zellen des Gefängnisses zu Baku, wohin er nach seiner jüngsten Verhaftung gebracht wurde, ist er der dort herrschenden Typhusepidemie zum Opfer gefallen.

Genosse Knuniantz (weiten Kreisen der Partei auch unter dem Namen Ruben und Radin bekannt) stand fast ein Jahrzehnt lang in den ersten Reihen der russischen Sozialdemokratie, der er als Redner, als Schriftsteller, als Organisator diente. Schon auf dem zweiten Parteikongreß im Jahre 1903, der eigentlich den Grundstein für die Parteiorganisation legte, war er als Delegierter anwesend. Die folgenden Jahre verstrichen für ihn in fieberhafter Tätigkeit, in der sich seine flammende, hinreißende Beredsamkeit und seine organisatorische Fähigkeit entfalteten. Im Revolutionsjahr 1905 war er einer der populärsten Redner auf den Petersburger Meetings, dem

---

Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(81. Fortsetzung.)

Vom 20. Dezember.

„Ich halte es nicht mehr aus! Wozu mich vor mir selbst verstellen? Auf diese Blätter habe ich alles geschrieben, was in und mit mir vorgegangen ist, seitdem ich denken kann. Wäre es doch kindisch, wenn ich mich diesmal verleugnen wollte.

So mag es denn hier stehen: ich bin in meinen eignen Schlingen gefangen und verliebt in den kleinen Satan. Ich liebe sie nicht, aber ich bin wahnsinnig verliebt. Ich bebe vor dem Gedanken, daß ich ihr Ehemann sein werde — daß ich überhaupt ein Ehemann werden soll, — und doch denke ich nichts anderes wie sie, und könnte die ganze Nacht vor ihrer Türe frösteln und klappern, — wenn sie nicht im Finstern zu Bett ginge.

Seit acht Tagen bin ich willens, mich vor Schlafenszeit in ihr Zimmer zu schleichen, damit sie mich schon darin finde, wenn sie die Pforte vor mir verschließen will, . . . doch es ist, als erriete sie meine Absichten; denn sie verliert sich allabendlich so schlau und rasch aus Vaters Wohnzimmer, während ich noch bei ihm sitze, daß ich ohne Gewalt nicht vermag, ihr den Vorrang abzugewinnen. Eile ich dann hinauf, so höre ich sie — so lange ich noch auf der Treppe bin — oben den Riegel schon vorschieben. Der verfluchte Riegel! Der soll mich am längsten verdrossen haben."

Vom 21. Dezember.

„Heute wird Nachtriegel und alles, was Eisenwerk an ihrer Türe heißt, vernichtet; so zwar, daß sie nicht mehr kapabel ist, sich einzusperren. Dem Schlüssel drehe ich im Schlosse den Bart ab. Mag sie dann Kasten und Tische vorschieben, — die müssen meiner Gewalt weichen.

Während sie das Abendbrot bereitet, gehe ich ans Werk. Geschehe dann, was wolle!

Ich schwöre mirs: Heute oder nie!"

Vom 22. Dezember.

„Pfui, der Schande! —

Damit die Schande vollkommen und mir zugleich eine Lehre sei fürs künftige Leben, will ich zur Strafe meiner dummen Jungen-Eitelkeit wörtlich niederschreiben, was mir widerfahren ist. Wahr und aufrichtig.

Nachdem ich gestern, während sie in der Küche schaffte, meinen Plan ausgeführt, den Stubenschlüssel im Schlosse zerbrochen, den Nachtriegel abgezwickt, das kleine Vorlegekettchen ausgerissen, begab ich mich zum Essen hinunter, doch ohne viel Appetit. So lange wir bei Tische saßen, verschlang ich nur sie — mit den Augen; mochte keinen anderen Bissen; dachte nur, wie ich bei ihr eindringen wollte.

Sie räumte ab, wie gewöhnlich; sagte dem Vater gute Nacht, wie gewöhnlich; ging zur Ruhe, wie gewöhnlich.

Kaum konnte sie nach meiner Berechnung in ihrem Zimmer sein, als ich desgleichen aufbrach.

Wie mir das Herz schlug in Erwartung die kleine Treppe hinauf.

Weil ich ihr Zeit lassen wollte, sich erst auszukleiden, schielte ich nur seitwärts nach ihrer Stubentür und trat in die meinige, um dort zu harren.

Wer saß da schon, lebendig und leibhaftig?

Sie! Sie selbst! Adelheid!

Ich wußte gar nicht, was das bedeute! Doch sie ließ mich nicht im Zweifel; sie sprach mich an:

„Ihr habt das Schloß an meiner Tür verdorben, wahrscheinlich, weil Ihr mehrere Male vergeblich daran gerüttelt habt, um einzudringen. Schade um das Schloß. Wenn Ihr unter vier Augen mit zu reden wünschet, durftet Ihr's nur sagen; ich habe ja auch mit Euch zu reden. Eure Schuld allein, daß es nicht schon längst geschehen. Jetzt bin ich hier; nun könnt Ihr sprechen".

Die Seelenruhe des Mädchens machte mich irre. Ich stotterte etwas von getäuschter Hoffnung, von überraschung in ihrem Gemach, von einsamem Lager, von zärtlichem Besuche und so dergleichen, brachte jedoch nichts Rechtes zustande, weil sie mich dabei ansah, wie Papa Kästner seinen jüngsten Hirsch, wenn der nicht Achtung gibt beim Lernen, und wenn die Reitpeitsche schon wackelt.

Sie ließ mich ausstottern und fing hierauf wieder an: „Ich dachte mir's beinahe, daß Ihr eine solche Unverschämtheit im Sinne habt, darum bin ich lieber gleich herüber gekommen, statt mich niederzulegen. Sagt mir nur, was Euch einfällt? Ehe ein junger Bursche ein Mädel bei Nacht besucht, muß er doch sicher sein, ob sie seinen Besuch haben will? Und daß ich Euch nicht will, wüßtet Ihr seit Eurem ersten Tritt ins Haus, wenn Ihr nicht ein eitler Geck wärt, wie sie wahrscheinlich draußen hundertweise umherlaufen. Bei uns werden sie ausgelacht. Der Vater hat mir's kund gegeben, daß er Euch meine Hand sozusagen versprochen. Ich habe dem Vater darauf erklärt, daß ich Euch nicht mag. Er wollte Euch das nicht selbst eröffnen, wollte sein Wort nicht zurücknehmen; wir haben uns fast erzürnt Euretwegen, er und ich, Ihr seid der Stein des Anstoßes im Hause. Zu Anfang dachte ich, Ihr werdet mit Euch reden lassen, bemühte mich, freundlich zu sein, die gute Stunde abzuwarten, — Ihr habt's falsch verstanden in Eurer hochmütigen Einbildung. Nun möchtet Ihr mir gar Gewalt antun? Ich will Euch etwas sagen: Könnt Ihr meinen Vater etwa noch beschwatzen mit Euren schönen Redensarten, daß er mich zwingt, Euch zu heiraten, und muß ich — nun gut, so muß ich. In die Kirche mögt Ihr mich schleppen, das weiß ich nicht. Und ein Ja fährt mir vielleicht auch heraus, wenn mich der Vater ins Genick schlägt. Aber in mein Bett kommt Ihr nicht, Mosje Anton, weder nachher, noch vorher.

Eher zerkratze ich Euch das glatte Gesicht mit den Nägeln und reiße Euch die frechen Augen aus dem Kopfe. Ich bin kein schwächliches Stadtfräulein; ich bin ein handfestes Weibsbild. Mich übertölpelt Ihr nicht; ich weiß, um was es sich handelt. Es wäre auch eben nicht das erstemal, daß ich zur Nacht Besuch gehabt; nur der Rechte muß es sein. Damit Ihr's wißt, des Försters ältester Sohn, der Wilhelm, ist mein Liebster und kommt zu mir in die Heirat, wenn der Vater verreist. Der ist mir der Rechte. Ein schmucker Bursche aus unseren Bergen, nicht ein Herumstreicher aus fremden Landen, der meinem leichtgläubigen Vater vorfaselt und -fabelt. Also laßt Euch Euer Gelüsten vergehen. Denn der Wilhelm versteht auch keinen Spaß nicht. Und nun mögt Ihr's unten klatschen, das vom Wilhelm! 's ist mir auch nichts drum. Ich gehe schlafen. Laßt Ihr Euch bei meiner Tür spüren, so mache ich Lärm, und Gott sei Euch gnädig!"

Darauf begab sie sich sonder Hast und Eile, auch ohne Zorn und Heftigkeit zu verraten, nach ihrem Schlafzimmer, und ich blieb in einem Zustande zurück, den Worte nicht schildern können. Wut, Beschämung, ... mir war, als hätte ich auf öffentlichem Markte die Rute bekommen. Stundenlang saß ich, ohne mich zu regen. Erst der Frost trieb mich ins Bett. Spät, mit dem späten, klaren Wintertage suchte ich mich zu ermannen.

Ich wartete beim Frühmahl, bis Adelheid — die sich übrigens benahm, wie wenn zwischen uns nichts vorgefallen wäre, — des Vaters Wohnzimmer verlassen. Dann ergriff ich das Wort, nicht ohne Besorgnis, der Alte würde aufbrausen über mein Bestreben, vermitteln zu wollen. Denn dieses Amt hatte ich mir aufgebürdet, eine Buße für meine Schuld.

Doch da sollte ich, um gründlich geheilt zu werden, die zweite Beschämung erleben. Mit sichtbarer Freude nahm der Schwiegervater die Entsagung seines Eidams auf:

Ich hatte mich voreiligerweise verpflichtet, sehen Sie, und wußte nicht, wie ich mich zurückziehen sollte. Darum war ich die Zeit über so mürrisch, sehen Sie. Denn das Mädel ist unterdessen einig geworden mit Försters Wilhelm,

die Massen zuzujubeln, wie selten jemandem. Als vor den entscheidenden Ereignissen im Oktober 1905 der Petersburger Arbeiterdelegiertenrat zusammentrat, wurde Genosse Knuniantz als Vertreter der sozialdemokratischen Partei dorthin entsandt und nahm als Mitglied des Exekutivkomitees hervorragenden Anteil an der Tätigkeit dieses revolutionären Arbeiterparlaments.

Am 16. Dezember wurde er zusammen mit den übrigen Mitgliedern des Delegiertenrates verhaftet und im nachfolgenden Prozeß zur Verbannung nach Sibirien verurteilt. Er flüchtete von dort ins Ausland, um nach kurzer Unterbrechung wieder zur revolutionären Tätigkeit in Rußland zurückzukehren. Er war einer von den wenigen, die den mörderischen Schlägen der Konterrevolution standhielten und zäh und unermüdlich in den Reihen des kämpfenden Proletariats weiter arbeiteten. In Baku geriet er den Schergen der Polizei in die Hände, denen es infolge eines unglückseligen Zufalls gelang, seine Identität festzustellen, was zur Folge hatte, daß ein Verfahren wegen seiner Flucht aus der Verbannung gegen ihn eingeleitet wurde. Ihm drohte in diesem Prozeß eine langjährige Zwangsarbeitsstrafe. Noch ehe aber dieses Urteil gefällt wurde, fiel Genosse Knuniantz den grauenhaften Zuständen im Gefängnisse zum Opfer. Das russische, das internationale Proletariat wird den Namen dieses unermüdlichen Kämpfers in Ehren halten.

Ein internationaler Seemannsstreik.

Von der Internationalen Transportarbeiter-Federation wird uns geschrieben:

Die bürgerliche Presse war in letzter Zeit in großen Ängsten. Alle nur irgendwo auftauchenden Gerüchte von einem internationalen Seemannsstreik wurden von langohrigen Korrespondenten der bürgerlichen Presse und der Depeschenbureaus begierig aufgefangen und schnell weiter verbreitet, mochte der Inhalt auch noch so absurd, noch so unwahrscheinlich klingen. Gewiß, eine alle Länder umfassende Bewegung der Seeleute war vorbereitet worden, da der internationale Transportarbeiterkongreß in Kopenhagen (1910) anerkannte, daß die wirtschaftliche Lage der Seeleute außerordentlich schlecht und deshalb sehr verbesserungsbedürftig sei. Es wurde der Zentralleitung der internationalen Federation ein seemännisches Komitee, bestehend aus vier Vertretern, zur Seite gestellt, um gemeinschaftlich mit ihr die Möglichkeit und Durchführbarkeit einer internationalen Aktion zu beraten. Eine gemeinschaftliche Konferenz fand darauf in Antwerpen noch vor Schluß des Jahres statt, auf der man zu dem Beschluß kam, überall dort sofort Forderungen zu stellen, wo das noch nicht geschehen war. Auch sollte versucht werden, mit den Reedern zu verhandeln. Im Frühjahr sollte dann eine neue Konferenz abgehalten werden mit einer erweiterten Beteiligung der Vertreter seemännischer Organisationen, um über den Stand der Bewegung Bericht zu erstatten und auch darüber, ob die Reeder Entgegenkommen gezeigt hätten, ob und inwieweit auf friedlichem Wege die Forderungen zu verwirklichen seien. Über die Art der aufzustellenden Forderungen wurden keine bestimmten Beschlüsse gefaßt, diese festzusetzen wurde der Organisation selbst überlassen. Darauf wurden in fast allen Ländern den Reedern die Forderungen übermittelt. Inzwischen wurde von der International Shipping Federation, der die Reeder fast aller Länder angeschlossen sind, der Beschluß gefaßt, daß es den Landesorganisationen der Reeder nicht gestattet sei, der seemännischen Organisation ihres Landes irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Dieser Beschluß wurde zuerst von den deutschen Reedern durchbrochen. In allen Hafenstädten der Nord- und Ostsee erfolgte eine Erhöhung der Heuer und des Überstundengeldes, sowie noch andere Verbesserungen. Auch die österreichischen Schiffahrtsgesellschaften mußten Zugeständnisse machen. Dagegen verweigerten die Reeder in den andern Ländern jede Zugeständnisse.

Im März d. J. fand dann die erweiterte Konferenz wiederum in Antwerpen statt. Aus der Berichterstattung der Vertreter ging hervor, daß Deutschland und Österreich für eine Beteiligung nicht mehr in Betracht kamen, da die Reeder in diesen Ländern Zugeständnisse gemacht hatten; Italien schied gleichfalls aus, weil dort die Entlohnung und Arbeitszeit unter Mitwirkung der Organisation gesetzlich festgelegt worden war.

Schweden und Norwegen sahen aus taktischen Gründen von einer Beteiligung ab. Es blieben nur noch England, Belgien, Holland, Dänemark und Nordamerika. Frankreich war nicht vertreten. Von einer internationalen Aktion, die alle Länder einschloß, konnte nicht mehr die Rede sein, weshalb die Zentralleitung der Internationalen Transportarbeiter-Federation den Ländern, die die Aktion durchführen wollten, das Recht zugestand, einzeln oder gemeinsam die Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig halten, um ihre Forderungen zur Anerkennung zu bringen. Die Berichterstattung an die Zentralleitung über alle Maßnahmen, zu der jede Organisation an sich verpflichtet ist, darf durch die Bildung eines Komites in keiner Weise eingeschränkt werden und muß prompt erfolgen. Die Vertreter der an der Aktion beteiligten Länder schlossen sich darauf zu einem Komite zusammen, prüften noch einmal die aufgestellten Forderungen und beschlossen besondere Verhaltungsmaßregeln für jeden Fall eines Konfliktes. Die Reeder zeigten sich auch nach dieser Konferenz einer Verständigung unzugänglich, wobei sie immer hervorgehoben, daß ein internationaler Beschluß sie hindere, den Forderungen der Seeleute in den einzelnen Ländern entgegenzukommen. Am 1. Mai trat darauf das Komitee in London zu einer Konferenz zusammen, in der Bericht über die Situation erstattet und beschlossen wurde, die International-Shipping-Federation schriftlich aufzufordern, in der von ihr selbst geschaffenen Situation eine Entscheidung zu treffen. Entweder sie erfülle die Wünsche der Seeleute durch internationale Handlungen und Konzessionen oder sie gebe den nationalen Reederverbänden freie Hand, selbständig zu verhandeln und Konzessionen machen zu können. Auf ein Schreiben in diesem Sinne an die International-Shipping-Federation sollte bis zum 15. Mai eine Antwort verlangt werden. Erfolge keine oder eine ausweichende Antwort, dann sei der 14. Juni als der Tag festgesetzt, an dem der Streik in den beteiligten Ländern zu beginnen habe. Auf das Schreiben erfolgte bis zum 15. Mai keine Antwort.

In den beteiligten Ländern setzte nun eine rege Tätigkeit ein. Versammlungen und Konferenzen wurden abgehalten, Verhandlungen mit den Reedern geführt und überall zum letzten entscheidenden Schlag die Vorbereitungen getroffen. In Dänemark purzelte der größte Scharfmacher unter den Reedern, Kronman, und machte einem weniger rücksichtslosen Vertreter der Seekapitalisten Platz, dem es denn auch gelang, mit den beiden dänischen Seemanns-Organisationen (Matrosen und Heizer) einen Tarif abzuschließen. Damit schieden die dänischen Seeleute auch aus der Bewegung aus. Es blieben nun noch Belgien, Holland, England und Nordamerika. Kurz vor dem 14. Juni begann in Southampton ein Streik der Kohlenbunkerleute, der sich auf die Schiffsmaler und Seeleute ausdehnte. Einige Tage vorher hatte sich schon die neue Besatzung der „Kroonland" in Antwerpen geweigert, unter Bedingungen zu mustern, die sie für den Streik lahmgelegt hätte. Der Streik der Kohlenbunkerleute und Seeleute in Southampton dauert an und wird sich zunächst auf die Mannschaften der Wochendampfer anderer englischer Hafenstädte ausdehnen, höchst wahrscheinlich auch auf die Hafenarbeiter und Fuhrleute. In Amsterdam bewilligten noch in letzter Stunde vier große Schiffahrtsgesellschaften eine Erhöhung der Heuer um 2 Fl. pro Monat. Das genügte jedoch den Seeleuten nicht und sie verweigerten deshalb am 14. Juni die Anmusterung.

Der Streik ist bis jetzt offiziell in Amsterdam und Rotterdam erklärt. Aus Belgien liegt noch keine sichere Mitteilung vor, aber der Streik ist sehr wahrscheinlich, obgleich der Bürgermeister von Antwerpen sich alle Mühe gibt, die Reeder umzustimmen und sie auch soweit zu bekommen, daß sie eine Vertretung aufs Rathaus entsenden, um dort mit den Vertretern der Seeleute zu verhandeln. Mitteilungen über den Ausgang der Verhandlungen liegen noch nicht vor. In England wird der Hauptvorstoß am 19. Juni geführt werden, weil Ende der Woche die großen Postdampfer einlaufen, deren Mannschaften sich dann den Streikenden anschließen werden. In Nordamerika stehen an der atlantischen Küste die organisierten Seeleute ebenfalls in einer Lohnbewegung, und wahrscheinlich wird von dort auch bald eine Streiknachricht in Europa eintreffen. Auch die Hafenarbeiter und Seeleute in Frankreich rüsten sich. Wenn die Hafenarbeiter in den einzelnen Ländern sich den Seeleuten anschließen oder in den Streik gezwungen hineingezogen werden, dann wird eine Bewegung entstehen, die sicherlich große Kreise ziehen wird. Die Reeder werden dann zu spät gewahr werden, daß sie durch ihre Hartnäckigkeit eine Bewegung heraufbeschworen haben, die ihnen schwere Opfer kosten wird.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Die allgemeine Situation hat sich bei Beginn der 6. Streikwoche nicht verändert. Die Streikenden stehen nach wie vor wie ein Mann zusammen. Streikbrecher aus den Reihen der Streikenden sind nicht zu verzeichnen. Auch der Zuzug von auswärts hat nachgelassen. Die Unternehmer haben wohl eingesehen, daß mit den herangeholten Arbeitern nicht viel anzufangen ist und daß es den Streikenden fast immer gelingt, die Arbeitswilligen zu sich herüberzuholen. Den Grubenverwaltungen fällt es nicht ein, die den fremden Arbeitern gemachten Versprechungen zu erfüllen. Aus diesem Grunde kam es auf Grube „Bismarck" bei Meuselwitz am letzten Sonnabend zu erregten Auftritten. Den aus Hamburg herangeholten Leuten war neben freier Kost und Logis ein Wochenlohn von 21 Mk. versprochen worden. Die Arbeiter erhielten aber nur 7,50 Mk. ausgezahlt. Einzelne Arbeitswillige warfen ihre Lohndüten den Beamten an den Kopf. Das Resultat war: die Arbeitswilligen verließen am Montag die Grube. Auch die Grube „Gottlob" bei Theißen (Zeitzer Revier) hat Ende der vergangenen Woche nochmals fremde Arbeiter herangeholt. Als diese auf dem Bahnhofe, 26 Mann stark, ankamen, waren 14 Gendarmen zur Stelle. Außer den Streikposten hatten sich auch viele Neugierige eingefunden. Um die Massen zu zerstreuen, ritten die Gendarmen wiederholt in die Menge hinein. Einzelne Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Empörung in der Bevölkerung über das Verhalten der Gendarmen ist groß. Das Streikpostenstehen ist durch die Gendarmerie längst illusorisch gemacht. Das „Weißenfelser Tageblatt" hält es für angebracht, diese Vorgänge aufzubauschen und nach altbekannter Manier nach Vermehrung der Gendarmen zu rufen. Die Bevölkerung müßte gegen die Streikenden geschützt werden. Die Gendarmen erreichen durch ihr Vorgehen immer das Gegenteil von dem, was sie wollen, denn auch die für Grube „Gottlob" angeworbenen Arbeiter haben bis auf 4 Mann das Revier wieder verlassen. Es will den Unternehmern nichts mehr glücken. Erst hat man versucht, die Streikenden gegen die Organisationsleiter aufzuhetzen. Dann wurde der Versuch unternommen, der Öffentlichkeit plausibel zu machen, daß die Forderungen der Bergarbeiter unerfüllbar wären, weil der Braunkohlenbergbau sich in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen befände. Als von der Streikleitung aber nachgewiesen wurde, daß die Werksüberschüsse gerade im Braunkohlenbergbau recht große sind, da versuchte man in der letzten Woche, den Beweis zu erbringen, daß die Bergarbeiterlöhne nach Ausweis der Knappschaftsberufsgenossenschaft im Jahre 1910 weiter gestiegen wären. Weiter wurde wiederholt gesagt, daß die Lohnsteigerung auch im ersten Quartal angehalten habe. Jeder Unbefangene mußte annehmen, daß diese Behauptung sich später durch die Statistik als wahr erweisen würde. Zum größten Leidwesen der Sachverwalter des Grubenkapitals stellt sich aber beim Herauskommen der amtlichen Lohnstatistik heraus, daß die Löhne der Braunkohlenarbeiter im Gesamtdurchschnitt zurückgegangen sind. Der Durchschnittslohn der Braunkohlenarbeiter im Haller Braunkohlenbergbau betrug:

4. Quartal 1907	3,70 Mk.	4. Quartal 1908	3,58 Mk.
4. „ 1909	3,57 „	4. „ 1910	3,65 „
1. „ 1911	3,59		

Wir haben hier also mit einem Lohnrückgang von 6 Pfg. pro Mann und Schicht zu rechnen. Da jeder Arbeiter im Durchschnitt 77 Schichten im Quartal verfahren hat, so macht dies für jeden Arbeiter einen Lohnverlust von 4,62 Mk., für die gesamte Belegschaft 338 823 Mk. aus. Die amtliche Lohnstatistik beweist, daß die Forderungen der Arbeiter berechtigt sind, sie beweist aber auch, daß die Veröffentlichungen der Unternehmer in der bürgerlichen Presse mit dem größten Mißtrauen aufgenommen werden müssen. In den Veröffentlichungen der Unternehmer wurde wiederholt gesagt, daß die Streikleitung wahrheitswidrig Behauptungen aufstelle, ohne daß dafür auch nur der Schatten eines Beweises erbracht wurde. Jetzt können wir sagen, daß die Unternehmer und die bürgerliche Presse der Öffentlichkeit wiederholt die Wahrheit vorenthalten haben. Ob man nun endlich zur Einsicht kommt, daß es auf diesem Wege nicht mehr weiter geht und daß es besser ist, mit den Arbeitern Frieden zu schließen? Warten wir es ab. Die Streikenden harren aus; sie kämpfen für eine gute Sache . . .

---

sehen Sie; also das paßte nicht. Jetzund geben Sie mir mein Wort gutwillig zurück, und eine größere Freude konnten Sie mir zum Feste nicht machen. Da werden wir den Wilhelm und seinen Vater gleich einladen, und da kann zum heiligen Abend Verlobung sein, sehen Sie."

Ich billigte diese Entschließung. Zugleich sprach ich die meinige aus, morgen früh den Dienst des Herrn Kästner zu verlassen. Meine Kündigung wurde angenommen.

Jetzt will ich mein Ränzel packen und morgen . . ."

Sechzigstes Kapitel.

Am vierundzwanzigsten Dezember gegen zehn Uhr morgens brach Anton auf. Der Abschied von Papa Kästner war kurz, doch herzlich. Adelheid gab ihm die Hand und sagte: „Nichts für ungut, jetzt sind wir gute Leute zusammen."

„Aber nicht beisammen," sagte Anton.

Er wanderte von den Bergen der Ebene zu.

Gegen Mittag kehrte er in einem Wirtshause ein, um Speise und Trank zu sich zu nehmen, ohne sich aufzuhalten.

Nachmittags schlug das Wetter um, wurde weicher, die Sonne ging in weißlich grauen Wolken unter, die sie scheidend rötete. Schnee fiel in sanften Flocken.

Um fünf Uhr abends gelangte Anton zu einem offenen Städtchen, welches fast nur aus einer Gasse bestand.

In allen Häusern und Häuschen sah man Kerzen auf Weihnachtsbäumen.

Er zog abermals weiter. Wo hätte er auch rasten sollen. Für ihn grünte kein Weihnachtsbaum, für ihn brannte keine Kerze.

Ein kurzes Stück Weges hinter dem Landstädtchen erhob sich dicker, dichter Wald, den Waldungen um Liebenau ähnlich: meist Nadelhölzer; alte, schöne Bäume, von Schnee und Eiszapfen geziert.

Der Himmel wurde wieder blau, die Luft rein; die Sterne blitzten und glänzten; die Eiszapfen an den Bäumen flimmerten.

Der ganze große Wald trug ein weißes Kleid.

Alles war still und feierlich.

„Bis zehn Uhr", sagte Anton, „gehe ich langsam durch den Wald; es ist zu schön."

Er ging lächelnd, wehmütig froh gestimmt, ohne zu wissen, warum er froh sei.

Ihm war ums Herz, als ginge er seinem Glücke zu.

Mitten im Walde lag eines Forstwärters Wohnung; eine hölzerne, einfache Hütte, doch fest gebaut.

Anton guckte durchs Fenster ins Gemach. Auf dem Herde loderten Kienspäne. Mitten im Zimmer, um den grob gezimmerten Tisch, saßen drei schlafende Kinder, ihre Köpfe auf die Tafel gelegt.

Auf dem Tische stand ein Tannenbaum mit herabgebrannten dünnen Kerzchen.

Die Mutter, beim Spinnrad vor dem Herde, ließ auch schlummernd ihr Haupt sinken. Das Rad stand still.

Der Waldbelaufer saß nicht fern vom Fenster und blies dicke Rauchwolken aus einer kurzen, hölzernen Tabakspfeife.

Sein brauner Hund stand neben ihm, die Schnauze auf des Mannes Knie gelegt.

Man hörte deutlich den Schlag der verräucherten Wanduhr.

Da war es unserem Anton, wie wenn die selige Mutter Goksch hinter ihm spräche:

„Heute vor dreiundzwanzig Jahren bist du zur Welt gekommen."

In diesem Augenblicke knurrte der Hund; die Frau erwachte; der Mann fuhr aus seinen Träumen auf; Anton klopfte ans Fenster und bat, sie möchten ihm erlauben, diese Nacht bei ihnen zuzubringen.

Die arme Frau öffnete ihm sogleich die Tür.

Er trat hinein.

„Gelobt sei Jesus Christus," sprach die Frau.

Die drei Kinder hoben schlaftrunken ihre blonden Lockenköpfe und sagten wie aus einem Munde: „In Ewigkeit!"

Einundsechzigstes Kapitel.

Anton erreichte nach mehrtägigem Wandern eine Stadt von größerer Ausdehnung. Vor dem Tore angelangt, fragte er, ob es nicht einen Weg gebe, der ihn hinter selbiger herum führte. Denn er fühlte nicht die geringste Lust, sich in seinem Reiseanzuge zwischen alle die geputzten Leute zu drängen, welche den schönen, winterhellen Neujahrstag des Jahres 181* auf der Straße feierten, indem sie sich und ihre neuen Kleider spazieren führten. Der Torwärter versicherte ihm, der Weg um die Stadtmauer herum sei vom gestrigen Schneesturm dermaßen verweht, daß er versinken müsse bis über die Hüften, wenn er sich beikommen lasse, ihn einzuschlagen.

Es blieb keine Wahl; er mußte in die kleine Residenz eintreten. Mit dem Bewußtsein, noch einige Goldstücke in der Tasche zu führen, tröstete er sich über den Gegensatz, den seine Kleidung zu den weihnachtsbeschenkten Einwohnern, zu deren pelzverbrämten Mänteln und Röcken bildete. Er fragte nach dem besten Gasthause. Man bezeichnete ihm mehrere. Den „Elefanten" erwählte der ehemalige Tierführer. „Ein Bär", sprach er, „wäre mir noch lieber gewesen, sollte es auch ein blauer sein; dagegen wohne ich von nun an nicht mehr in einem Hirsch, und wenn's ein goldener wäre."

Der Elefant sah unseren Freund anfänglich ein bißchen über die Achsel an; das schlechteste Stübchen, so unter seines Rüssels Zepter lag, öffnete sich für Anton. Ihm, der seit sechs Tagen durch Schnee und Feld, von Dorf zu Dorf sich herumgeschlagen, dünkte dieses armselige Gemach mit seinem eisernen Öfchen ein Prunkzimmer, sehr geeignet, einige Tage der Ruhe, der Überlegung zu widmen und von dort Entschlüsse für ferneren Lebenswandel mitzunehmen. „Wie uneigentlich," sagte er, nachdem er trockenes Holz in den glühenden Ofen nachgelegt und sich behaglich auf das dreibeinige Kanapee gestreckt, „wie uneigentlich redet man doch von dem Lebenswandel der meisten Menschen, die da unwandelbar an ihrer Scholle kleben, in ihren Läden feilschen, in ihrem Amte regieren, neben ihrer Eltern Grabe modern. Wandeln sie durchs Leben? O nein, das Leben wandelt durch sie, und sie spüren es manchmal kaum. Ich dagegen, seitdem ich Liebenau verlassen, darf mich wirklich rühmen, einen Lebenswandel geführt zu haben, und obenein nach gewöhnlichen Begriffen einen schlechten. Aber wenn ich mich ehrlich frage, ob ich schlecht dabei geworden bin, darf ich ebenso ehrlich antworten: noch nicht. Doch will ich auch nicht ableugnen, daß es die höchste Zeit wäre, dem Dinge ein Ende zu machen; sonst stehe ich für nichts. Mir ist ums Herz, als wäre nun der Wendepunkt erreicht: nur noch ein Jahr bis zur Volljährigkeit!? Dann soll der ganze Mann dastehen! Ach, und ich komme mir so oft noch wie ein Junge vor! Und wenn ich an Adelheid denke, wie ein recht dummer Junge!"

„Wau wau!" machte jetzt im anstoßenden Nebenzimmer eine derbe Hundestimme, wie wenn sie den dummen Jungen bestätigen wollte. Dann folgten weibliche Schmeicheltöne, die wieder mit allerlei Drohworten abwechselten; hernach ließ eine heisere Männerstimme sich vernehmen, die abscheuliche Schmähungen gegen Gott und Menschen ausstieß; dazwischen erklang die Weiberstimme, zornig, im höchsten Affekt und rief: „Pack ihn, greif ihn, mein Tierchen; so schön! an der Brust! Bessor! Schüttle ihn! Wirf ihn zu Boden, den niederträchtigen Mörder, zerreiße ihm den Rock! — Hier sprang Anton vom dreibeinigen Kanapee auf, nahm seinen Reisestock zur Hand und wollte schon durch kräftigen Fußtritt jene Tür sprengen, welche ihn vom Schauplatz eines blutigen Verbrechens trennte, als ein freundliches: „Bravo, mein Hündchen!" ertönte, sodann harmonisches Geklapper von Tellern und Löffeln erklang, und — wie es schien — Hund, Dame, Mörder sich fröhlich und guter Dinge zum Speisen begaben.

(Fortsetzung folgt.)

Keine Arbeitswilligenbeleidigung. Das Schöffengericht zu Herford (Westfalen) sprach den Gewerkschaftssekretär Schmidt frei, gegen den Anklage erhoben worden war, weil er das Verhalten des Arbeitswilligen Eberhard in einer Versammlung durch die Wendungen „Verräter", „Streikbrecher", „Mensch mit ganz niedriger Gesinnung" gekennzeichnet hatte. Eberhard ist zweimal streikenden Arbeitern in den Rücken gefallen und hat auch einmal als organisierter Arbeiter — ohne Auftrag seines Unternehmers, wie dieser selbst bezeugte — Arbeitswillige von der „Herberge zur Heimat" geholt. Eberhard erklärte noch vor Gericht, Mitglied des Transportarbeiter-Verbandes sei er auf Anraten seines früheren Unternehmers, des Direktors der Berolina, geworden, um dem Direktor über alle Vorkommnisse in den Versammlungen berichten zu können. Da sich in der Verhandlung die Zeugenaussagen direkt widersprachen, wurden sie zur Weitergabe an das Landgericht Bielefeld protokolliert. Der Amtsanwalt hatte den Strafantrag zurückgezogen. In dem freisprechenden Urteil heißt es: Der Ausdruck „Verräter" sei zwar ein harter, aber ein zutreffender gewesen.

Tarifvertrag für das Schreinergewerbe in Erlangen. In Erlangen wurde ein Vertrag für das Schreinergewerbe abgeschlossen. Die Arbeitszeit wird von 57 auf 55 Wochenstunden verkürzt und der Stundenlohn um 6 Pfg. erhöht. Außerdem wurden nennenswerte Aufschläge für Montage, Überstunden usw. zugestanden. Tischlerinnung und Arbeitgeberschutzverband erklärten diese Zugeständnisse als viel zu weitgehend und ein Universitätsprofessor hielt es für angebracht, diese Auffassung zu bestärken. Als dann die Tischler, die über eine ausgezeichnete Organisation verfügen, Miene machten, die Arbeit niederzulegen, stimmten endlich auch die Tischlermeister den von den Verhandlungskommissionen getroffenen Vereinbarungen zu, sodaß der Vertrag abgeschlossen werden konnte.

Tarifvertrag im Steinsetzergewerbe in Rheinland-Westfalen. Nach langwierigen Verhandlungen ist nun auch für die Provinzen Rheinland und Westfalen ein Tarifvertrag zum Abschluß gelangt. Von den Arbeitern war eine Lohnzulage von 5 Pfg. pro Stunde gefordert worden, entsprechend den im Baugewerbe erfolgten Zugeständnissen, auch, weil der Arbeitgeberverband dort bisher ein Glied des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe war. Die Arbeitgeber lehnten anfänglich jede Lohnerhöhung für dieses Jahr ab. Jetzt nun ist vor dem Gewerbegericht Bochum ein dreijähriger Vertrag zustande gekommen, der den Steinsetzern vier und den Rammern 5 Pfg. Lohnzulage pro Stunde innerhalb der Vertragsdauer bringt. Bemerkenswert ist, daß der Arbeitgeberverband im Laufe der Verhandlungen die Erklärung abgab, keine Aussperrung vorzunehmen, wenn nicht von Arbeiterseite ein Angriff erfolge. Vor drei Jahren war es anders.

Erfolgreiche Bewegung der Metallarbeiter in Frankenthal (Pfalz). Vor kurzem beschlossen die in Frankenthal beschäftigten Arbeiter der Metallindustrie, an die Unternehmer die Forderung zu stellen, die tägliche Arbeitszeit, die seither 10 Stunden betrug, auf 9½ Stunden zu verkürzen bezw. die 57-Stunden-Woche einzuführen. Das Verlangen stieß auf heftigen Widerstand, die Forderung zu erfüllen wurde für direkt unmöglich erklärt. In großer Geschlossenheit wurde dann die Kündigung eingereicht. Daraufhin kamen dann Verhandlungen zwischen beiden Organisationen zustande. Diese Verhandlungen, nach deren Resultat ab 3. Juli eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1¾ Stunden und ab 1. Januar 1912 die endgültige Verkürzung auf 57 Stunden erfolgen sollte, waren insofern ergebnislos, als dieses Resultat einstimmig am 9. Juni von den Arbeitern abgelehnt wurde. Beschlossen wurde aber zugleich, daß über die am 10. Juni abgelaufene Kündigung hinaus weitergearbeitet werden soll und daß abgewartet werden soll, ob die Verhandlungen vom 12. Juni, die für den Fall einer Ablehnung vorgesehen waren, ein zufriedenstellendes Zugeständnis ergeben. Dies wurde auch erreicht. Es wird in Frankenthal die 57-Stunden-Woche endgültig ab 2. Oktober 1911 eingeführt und ab 3. Juli bleibt es bei dem seitherigen Zugeständnis einer Verkürzung von 1¾ Stunden pro Woche. Einstimmig akzeptierten in einer Riesenversammlung die Arbeiter die Abmachungen, die einen vollen und schönen Erfolg bedeuten, der nur der Einigkeit und Geschlossenheit sowie dem nachdrücklichen Eintreten ihrer Organisation, dem Metallarbeiterverband, zuzuschreiben ist. Soweit über einzelne Frankenthaler Firmen die Sperre verhängt ist, ist diese aufgehoben. Etwas über 3000 Arbeiter werden von dem Erfolge betroffen. Eine Kürzung der Verdienste tritt durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht ein.

Lohnbewegung der Bäcker in Mannheim. In Mannheim haben am Dienstag 300 Bäcker die Arbeit niedergelegt. In 67 Betrieben arbeiten 118 Gesellen zu den neuen Bedingungen.

Die Anarcho-Gewerkschaften als politische Partei. Der „Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften" ist kürzlich großes Heil widerfahren, seitdem strahlt ihre „Einigkeit" in neuem Nimbus. Sie sind neulich in Gelsenkirchen verurteilt worden, sich dem Vereinsgesetz anzupassen, da der politische Charakter ihrer Vereinigung erwiesen sei. Als ihnen kürzlich auch noch Jagow ein Brieflein schrieb und sie aufforderte, sich als politische Vereine im Sinne des Paragraph 3 des Vereinsgesetzes anzusehen und ihre Satzungen sowie das Vorstandsmitgliederverzeichnis einzureichen, kannte ihr Stolz keine Grenzen mehr. Jede neu erscheinende Nummer der „Einigkeit" kommt mit immer größerem Pathos zur Welt. Der Anarchist und Vorsitzende der „Freien Vereinigung", Fritz Kater, hat ja im Auftrage der Geschäftskommission sämtliche angeschlossene Vereine und deren Vorstände ersucht, dem Verlangen der Polizeibehörden nachzukommen. Die anarcho-sozialistischen Gewerkschaften oder vielmehr deren heute noch vorhandene Überreste wollen ja politischen Massenstreik und Lohnerhöhungen in einem Topfe kochen. Es ist klar, daß die Freie Vereinigung und ihre Führer jetzt mit noch größerem Stolz als früher auf die Pfennigfuchsereien der „Nurgewerkschaften" und die Versimpelung der Sozialdemokratischen Partei herabsehen.

Wieviel ist ein Arbeitswilliger wert? Die Frage ist schwer zu beantworten. Bei Streiks und Aussperrungen ist der Arbeitswillige „unersetzlich"; wenn diese vorüber sind, wird er als überflüssig beiseite geworfen. Wir haben es in beiden Fällen mit Ausnahmefällen zu tun, die den „Wert" des wirtschaftlichen Arbeiterverräters nicht richtig widerspiegeln können. Wieviel der Arbeitswillige normalerweise wert ist, hat jetzt der Besitzer einer Terrazzoplattenfabrik in Saufenheim in der Pfalz — ohne Absicht allerdings — festgestellt. Und das kam so. Er braucht nämlich immer Arbeitswillige, denn sein Betrieb gilt als einer von denen, um die die Arbeiter gern im großen Bogen herum gehen. Unter den glänzendsten Lohnversprechungen wird engagiert, und wenn ein Arbeiter dann in Wirklichkeit 2,50 Mark pro Tag verdient, gehört er in diesem Betriebe zu den wenigen Glücklichen. Das Arbeitswilligenbedürfnis dieses Herrn — Organisierte arbeiten dort nicht — ist deshalb chronisch. Nachdem er auf legalem Wege keine Arbeiter mehr bekam, entstieg seinem Gehirnkasten eine großartige Idee, und am anderen Tage erschien an der schwarzen Tafel folgende Bekanntmachung:

„Wer einen Arbeiter oder eine Arbeiterin in den Betrieb bringt, erhält
eine Mark Belohnung!"

In normalen Zeiten ist also der Arbeitswillige gerade hundert reichsdeutsche Kupferpfennige wert. Aber auch diese hohe Einschätzung der „Lumpen" hat dem Manne nichts genützt. Nicht einmal die dauernde Innebehaltung eines Wochenlohnes als Kaution hat es ihm gelingen lassen, sich seine wertvollen Arbeitswilligen zu erhalten. Sie brennen zumeist durch.

Der Weißenfelser Landfriedensbruchprozeß.

Die Verhandlungen vor dem Schwurgericht in Naumburg begannen am Mittwoch mit der Vernehmung der Angeklagten. Der 18 Jahre alte Zimmermann Kleinsimon gibt an, er sei aus Neugierde vor die Böhmsche Fabrik gegangen, da er im „Weißenfelser Tageblatt" gelesen hatte, in jenem Betriebe arbeiteten 44 Arbeitswillige. Mit einigen hundert anderen sei auch er den Arbeitswilligen gefolgt. Er gibt zu, Arbeitswillige vom Wege ab auf das Feld gedrängt zu haben. Die 17 Jahre alte Frida Pechmann soll Arbeitswillige mit Erde geworfen haben; sie bestreitet das. Auch der 16 Jahre alte Eisendreher-Lehrling Geyer soll mit Erde geworfen haben; ferner wird er beschuldigt, einen Arbeitswilligen getreten und „Streikbrecher" gerufen zu haben. Der Beschuldigte gibt den Ruf zu, alles andere bestreitet er. Auf Vorhalt, bei seiner polizeilichen Vernehmung habe er mehr zugestanden, behauptet er, durch Drohungen, man werde ihn „einstecken", zu seiner Aussage genötigt worden zu sein. Der 21 Jahre alte Arbeiter Böttger hat einen Arbeitswilligen geschlagen; er gibt das zu, behauptet aber, der Arbeitswillige habe zuerst geschlagen. Der 15 Jahre alte Arbeitsbursche Dettmar soll mit Erde geworfen, vor einem Arbeitswilligen ausgespukt und gesagt haben: „Schämst Du dich nicht, getraust Du Dich noch aufzugucken." Er gibt die Äußerung zu, bestreitet aber alles andere. Auch er hat bei seiner polizeilichen Vernehmung mehr zugestanden, behauptet aber, durch die Drohungen „Du wirst eingesteckt" und „Wir legen Dich über den Stuhl" dazu veranlaßt worden zu sein. Der 19 Jahre alte Arbeiter Weibelt gibt zu, einen Arbeitswilligen zu Boden geworfen zu haben. Der 20 Jahre alte Ofensetzer Franke bestreitet, Arbeitswillige in den Straßengraben gedrängt zu haben. Auch der 30 Jahre alte Zwicker Heuschkel bestreitet jede Teilnahme an den Vorfällen. Der Maschinenarbeiter Tänzer kann sich nicht erinnern, das Wort „Schmierlappen" gebraucht zu haben. Frau Friedrich bestreitet, einen Arbeitswilligen angespuckt zu haben. Auch die Angeklagten Frau Friedrich, Arbeiter Horack, Arbeiter Schönian, und Dachdecker Hohnemann, die ebenfalls an den Vorgängen beteiligt sein sollen, bestreiten die ihnen zur Last gelegten Ausschreitungen.

Bei der Zeugenvernehmung bekundete Franz Böhme, Betriebsführer in der Fabrik seines Bruders, von den 188 Arbeitern seien bei Beginn des Streiks 54 im Betriebe geblieben; durch Neueinstellungen sei die Zahl auf 64 gebracht worden. Er habe telephonisch die Polizei benachrichtigt, als es am 21. Februar vor der Fabrik zu einer Ansammlung gekommen sei. Einige Beamte und sein Bruder hätten die in der Stadt wohnenden Arbeitswilligen begleitet, an die in Selau und Borau Wohnenden sei leider nicht gedacht worden; erst zu spät habe er bemerkt, daß diese von Hunderten von Menschen verfolgt wurden. Was auf der Landstraße geschehen sei, könne er nicht angeben; aber gegen Abend habe der Arbeitswillige Mothes von Selau aus telephoniert, es sei ihnen so arg mitgespielt worden, daß keiner mehr zur Arbeit kommen könne. Der Werkmeister Mettkessel und der Arbeitswillige Hering bekunden im wesentlichen das gleiche wie Böhme; ähnlich äußern sich auch die Polizeibeamten Freudenberg und Steinbrecher. Verschiedene Arbeitswillige bekunden Einzelheiten; man habe sie beschimpft, und ihnen gedroht. Polizeikommissar Daehn bestreitet, bei der Vernehmung der Angeklagten mit Drohungen operiert zu haben.

Aus Nah und Fern.

Wodurch ein Pfarrer in Konkurs gerät. Über das Vermögen des bis vor kurzem in dem bayerischen Dorfe Stadl bei Landsberg angestellt gewesenen katholischen Pfarrers Anselm Nötzli ist auf Antrag einer seiner früheren Köchinnen der Konkurs eröffnet worden. Der Pfarrer war seiner Köchin nicht nur den Lohn schuldig geblieben, sondern hat auch ihre Ersparnisse, die sie ihm in Verwahrung gegeben, für sich verbraucht. Auch zahlreiche Einwohner des Pfarrdorfes und der dortige Raiffeisenverein sind durch den Pfarrer um namhafte Summen geschädigt. Nötzli war vor einiger Zeit wegen Unregelmäßigkeiten, die er sich beim Verkauf wertvoller Kirchenparamente zuschulden kommen ließ, vom Landgericht Memmingen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Als seine Hoffnung, aus Anlaß des 90. Geburtstages des Prinzregenten begnadigt zu werden, sich nicht erfüllte, wollte er nach Amerika flüchten, wurde aber verhaftet und verbüßt zurzeit seine Strafe in Augsburg. Nach den Schilderungen seiner Freunde ist es übrigens ein Wunder zu nennen, daß die Aufsichtsbehörden nicht schon vor dem finanziellen Zusammenbruch eingeschritten sind und Ordnung geschaffen haben, denn der moralische Zusammenbruch des Pfarrers war längst erfolgt. Auch seine Freunde glauben, daß die Weiberwirtschaft im Pfarrhofe diesen Zusammenbruch herbeigeführt, und daß der weibliche Anhang, den sich Nötzli geschaffen, sehr viel Geld gekostet hat.

Die Forderung der griechischen Räuber. Die Räuber des Ingenieurs Richter haben durch ein Fenster des Gerichtsgebäudes in Classona zwei Briefe geworfen, von denen einer an die Behörden, der andere an den deutschen diplomatischen Vertreter gerichtet ist. Sie fordern darin 50 000 türk. Pfund, etwa 900000 Mark Lösegeld für die Freilassung Richters. Sobald alles bereit sei, sollten die Behörden die Hirten verständigen, die die Räuber benachrichtigen würden. Diese würden dann den Ort angeben, wo das Lösegeld zu hinterlegen sei. Gleichzeitig wird darin gedroht, daß, wenn die Verfolgung nicht aufhöre, Richter umgebracht werden würde. Eine Mystifikation wird für ausgeschlossen gehalten.

Erdbeben. Die Erdbebenwarte in Ingeheim bei Frankfurt a. M. verzeichnete gestern nachmittag von 3 Uhr 38 Minuten an ein starkes Erdbeben in einer Entfernung von 9000 Kilometern. Die Schwankungen dauerten bis etwa 7 Uhr abends an.

Globetrotter! Wenn Frau Kanzleirat Schulze nach den Sommerferien, die sie mit Herrn Gemahl in Dingskirchen verlebte, wieder in den Kreis ihrer Kaffeeschwestern zurückkehrt, weiß sie nicht genug Rühmens zu machen von den herrlichen Tagen, die sie an der Riviera oder in Ostende verlebt hat. Die neidischen Kaffeeschwestern — und die sind stets neidisch — zwinkern sich zwar boshaft zu, als wollten sie sagen: Spiegelberg, wir kennen Dich! aber beklagen doch lebhaft, daß es ihnen nur vergönnt war, die Ferientage in Buckow oder sonst einer märkischen Landschaft zu verleben. Und will dann Frau Kanzleirat den Neid des Kaffeekränzchens auf das höchste steigern, so holt sie einen ihrer Koffer vor, der mit den Abzeichen der ersten Hotels ihres vermeintlichen Ferienaufenthalts an der Riviera beklebt ist. — Wie das möglich ist, verrät das Inserat eines Mannes, der die Schwächen seiner Mitmenschen kennt. Er inseriert im „Berl. Tagebl." also:

„Riviera, Italien, Schweiz, Ostende usw. Mit Karawanserei-Abzeichen der allerersten Hotels wird Ihnen für 25 Mark Ihr Koffer beklebt. Adressen niederzulegen unter . . . bei Rudolf Mosse."

Geschäft ist Geschäft!

Vom Trauzeugen verhaftet. Von einer ungewöhnlichen dramatischen Szene auf dem Standesamt weiß die „Pall Mall Gazette" aus dem kleinen Schweizerstädtchen Berthous im Kanton Bern zu berichten. Hier wurde einem jungen Paar auf dem Standesamt die unangenehme Überraschung, daß einer der Trauzeugen ausgeblieben war. Um die Trauung nicht aufschieben zu müssen, schickte man einen Jungen mit dem Auftrage auf die Straße, den ersten Mann, den er treffen würde, zu bitten, als Zeuge mit heraufzukommen. Der Zufall fügte es, daß der Junge beim Heraustreten aus der Tür just einem Geheimpolizisten begegnete, der sich auch bereit erklärte, der Bitte, als Zeuge zu fungieren, zu entsprechen. Als der Name des Bräutigams aufgerufen wurde, stutzte der als Zeuge geworbene Detektive, und als die Trauungszeremonie, während der er den Bräutigam unausgesetzt aufmerksam beobachtete, zu Ende war, schritt er auf den jungen Ehemann zu und verhaftete ihn. Ungeachtet des Protestes der jungen Frau und ihrer Mutter führte er seinen Gefangenen, der ebenso wie die junge Frau einer wohlhabenden Familie angehört, zum Polizeiarrest.

Schwarzer Fanatismus. Vor einigen Tagen wurde in Riehl bei Köln ein Parteigenosse beerdigt. Dabei ereigneten sich Dinge, die uns jene Leute, welche sonst vor Frömmigkeit überfließen wollen, in ihrer wahren Geistesverfassung zeigen. Die „Rheinische Zeitung", unser Kölner Parteiblatt, berichtet über die Beerdigung folgendes: „Sowohl die Ehefrau des Verstorbenen als auch sein Vater war mit dem Tragen des mit roter Schleife versehenen Kranzes im Begräbniszuge einverstanden. Der Verstorbene war ein eifriger Parteigenosse aus dem Riehler Bezirk. Trotzdem wurden unsere Genossen am Sterbehause von fanatischen Zentrumsanhängern mit der Drohung empfangen, daß der Kranz zerrissen werde. Einer unserer Genossen antwortete, daß dies weder anständig noch christlich sei, und es sei die Pflicht der Teilnehmer, sich wenigstens im Angesichte des Todes ruhig zu verhalten. Statt sich belehren zu lassen, bedrohte man den Mahner mit einer Denunziation bei seinem Arbeitgeber: das erste, was man nach dem Begräbnis tue, sei, ihn außer Arbeit zu bringen! Der Hauptahn erlaubte sich sogar angesichts des Todes noch die Frechheit, den Vater des Verstorbenen einen „Lumpen" und „Feigling" zu nennen und ihn sogar mit Schlägen zu bedrohen! Ein Opfer von klerikaler Erziehung ist auch das Mitglied des katholischen Jünglingsvereins, welches den Kranz des Sozialdemokratischen Vereins auf dem Wege zum Sterbehause anspie. Um die Instinkte der verhetzten Menschen nicht noch mehr zu wecken, hatten unsere Freunde die rote Schleife vor dem Begräbnis entfernt, wozu sie ganz und gar nicht verpflichtet waren. Als die Kränze von Partei und Gewerkschaftsorganisationen niedergelegt waren, erscholl aus der Mitte der Leidtragenden der Ruf: „Reißt sie kaputt!" und im nächsten Augenblick sprang eine Schwester des Verstorbenen trotz des Verbots des Totengräbers in das Grab hinab, trampelte mit den Füßen über den Sarg des eigenen Bruders, riß beide Kränze in Stücke und schrie aus der Tiefe des Grabes die häßlichsten Schimpfworte, wie: „Schweine", sozialdemokratische Säue" usw. Man sah sogar einige Weiber über dieses wahnwitzige Gebaren lachen. Nur der Zurückhaltung unserer Genossen ist es zu danken, daß nicht auf dem Friedhofe eine wüste Schlägerei stattfand. Es sei ausdrücklich festgestellt, daß die Männerwelt, außer ein paar Fanatikern, über diese Vorgänge empört war. Es wird nicht allzulange dauern, daß wir auch in Riehl so weit sind, daß wir unsere Toten in Ruhe bestatten können". — Wenn derartige Roheiten, wie sie hier von den schwarzen Fanatikern an den Tag gelegt wurden, nur zu einem kleinen Teile auf sozialdemokratischer Seite zu finden wären, dann würden natürlich die schwarzen Moralphilister in allen Tonarten über sozialdemokratische Verworfenheit zetern.

Schweres Unwetter in Triest. In den Abendstunden des 14. Juni entlud sich in Triest ein Gewitter, das gegen 1 Uhr nachts in einen orkanartigen Sturm ausartete. Sogar im inneren Hafen bildeten sich fünf bis sechs Meter hohe Wellen. Das Wasser wurde bis zur Piazza Grande getrieben. Viele der im Hafen und auf der Reede verankerten Schiffe wurden stark beschädigt. Eine griechische Barke, welche außerhalb des Wellenbrechers des Franz-Josef-Hafens verankert war, ist untergegangen. Die Bemannung, angeblich zehn bis zwölf Mann, ist umgekommen. Zwei größere Segler liegen auf dem Wellenbrecher, wohin sie der Sturm geschleudert hat. Ein größerer Dampfer „Andromeda" ist beim Molo Sonita untergegangen. Nur der Mastbaum ist sichtbar. Die Besatzung ist gerettet. Am Eingang des Canale Grande riß der Sturm auf einem Segler den Mastbaum um, welcher den Kapitän und angeblich auch einen zweiten Mann erschlug. Mehrere Fischerbarken sind gesunken oder schwer beschädigt. Dem im Innenhafen verankerten Stationsschiff des Österreichischen Lloyd, einem älteren Schraubendampfer, wurde der Bug weggerissen; ein schwimmendes Bad wurde total zerstört. In Triest sind bisher 20 Leichen geborgen worden. Nach Berichten von Augenzeugen aus Santa Cruce sind daselbst 40 Fischer zur Zeit des Sturmes auf dem offenen Meer gewesen. Man glaubt, daß sie umgekommen sind.

Bluttat. Ein unbekannter Mann ließ sich nachts in einer Droschke 1. Klasse nach dem Ostra-Gehege, in einem Vorort von Dresden, fahren. Dort erschoß er den Kutscher und beraubte ihn. Leute auf dem nahen Schlachthof hörten die Schüsse und kamen herbei, sie fanden den Kutscher tot auf dem Bock; von dem Täter war keine Spur zu entdecken. Der Kutscher war unverheiratet und pflegte stets sein ganzes Geld bei sich zu tragen.

Von Bienen erstochen. Aus Zürich wird berichtet: Die beiden Zwillinge des auf dem Bahnhof von Vernayaz

im Kanton Wallis stationierten Bundesbahnangestellten Pochon wurden von Bienen, die sie beim Bienenkorb gereizt hatten, zu Tode gestochen.

Vom Wahlkampf in Wien. Einige Genossen vom Alsergrund sind gegen den christlich-sozialen Kandidaten dieses Bezirkes so zuvorkommend, daß sie seine Visitenkarte verteilen, dazu noch mit der Anführung aller Titel und Würden dieses Kandidaten. Die Visitenkarte ist auf zwei Seiten bedruckt. Auf der ersten Seite heißt es:

Exz. Richard Weiskirchner

J. Dr., Geheimer Rat, k. k. Handelsminister, Magistratsdirektor in Pension, Landtagsabgeordneter und Gemeinderat der Stadt Wien, Großkreuz des Franz-Josephs-Ordens, Ritter des Ordens der Eisernen Krone, Besitzer des preußischen Roten Adlerordens erster Klasse, Ritter des russischen Annenordens, Kommandeur des spanischen Kronenordens, Kommandeur des Sternes von Rumänien, Offizier des belgischen Leopoldordens, Besitzer des päpstlichen Ehrenkreuzes pro Ecclesia et Pontifico

bittet Euer Hochwohlgeboren

Die Fortsetzung findet nun der Text der Visitenkarte auf der zweiten Seite, auf der es heißt:

zu bedenken, ob auf einen Mann mit so viel Ämtern, Geschäften und Orden nicht das Wort des Prälaten Scheicher paßt, der sich seiner reinen Knopflöcher rühmt, weil einer, dessen Knopflöcher nicht mehr leer sind, „nicht mehr so männlich auftritt, als es manchmal wünschenswert wäre."

Wer diese Meinung teilt, der wählt am 13. Juni den Sozialdemokraten Max Winter, Schriftsteller, XIII. Bezirk, Bowitschgasse Nr. 3.

Höflicher als mit Visitenkarten kann man doch den Wahlkampf nicht führen.

Vom Blitz getroffen ist in St. Brespin bei Valencienne eine Gruppe von Arbeitern; einer wurde getötet und fünf wurden schwerverletzt.

Genossenschaftsbewegung.

Besteuerung der Konsumvereine. In der Beratung der verstärkten Handels- und Gewerbekommission über den dem preußischen Abgeordnetenhause zur Annahme empfohlenen Antrag Hammer wegen Heranziehung der Konsumvereine zur Einkommensteuer wurde vom Vertreter des Finanzministeriums mitgeteilt, der Finanzminister und das Staatsministerium hätten zu der Frage noch nicht definitiv Stellung genommen. Weiter wurde erklärt, der Finanzminister halte es für zweckmäßig, die Frage im Zusammenhange mit anderen bei der bevorstehenden organisatorischen Neuordnung der direkten Steuern zu regeln; der Antrag Hammer sei ihm sympathisch, auch er sei der Ansicht, daß die Konsumvereine augenblicklich auf Grund der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts einen erheblichen oder den ganzen Gewinn der Steuerpflicht entziehen könnten. Die „Berliner Politischen Nachrichten" behaupten nun, in Preußen hätten sich 28, in Deutschland 45 Konsumvereine dadurch der Steuerpflicht entzogen, daß sie keine oder nur geringe Dividenden verteilten, indem sie die Dividende satzungsgemäß zu einer festen rabattmäßigen Rückgewähr umwandelten. Von einer Ausdehnung der Steuerpflicht auf die Rabattsparvereine wollen die „B. P. N." nichts wissen, die Rabattsparvereine" beruhen auf Selbsthilfe und schließen sich zusammen, um den Konsumvereinen ihrer Existenz halber entgegenzutreten." Bei den Rabattsparvereinen handle es sich um Rabatt an die Kunden, bei den Konsumvereinen um Dividende an die Mitglieder. Über die voraussichtliche Wirkung einer zukünftigen, in das Einkommensteuergesetz aufzunehmenden Bestimmung über die Steuerpflicht der Konsumvereine führen die „B. P. N." aus, allerdings sei die Möglichkeit zuzugeben, daß die Konsumvereine zwar niedrigere Dividenden geben, aber durch Herabsetzung der Warenverkaufspreise den Gewerbetreibenden immer mehr Kunden entzögen. Damit könne jedoch nicht die Tatsache aus der Welt geschafft werden, daß die Konsumvereine günstiger als die Kleingewerbetreibenden gestellt seien, und ebensowenig könne bestritten werden, daß der Antrag einen Weg biete, die Gleichberechtigung wieder herzustellen. Wenn übrigens die Konsumvereine infolge der vorgeschlagenen gesetzlichen Bestimmung erheblich geringere oder keine Dividende mehr verteilen, werde der in der Dividende liegende starke Anreiz, den Konsumvereinen beizutreten, wesentlich geringer werden. In jedem Falle bleibe es eine Forderung der steuerlichen Gerechtigkeit, daß ebenso wie der einzelne Gewerbetreibende seine Gewerbesteuer, seine Kommunalsteuer und Einkommensteuer bezahle, von dem sogenannten Kundengewinn in Form fester Rabatte der Konsumvereine Steuer bezahlt werden müsse. Die „B. P. N." schließen, der Finanzminister könne einer Maßnahme, die verhüten wolle, daß Konsumvereine ihren steuerpflichtigen Gewinn steuerfrei machten, grundsätzlich nur zustimmen.

Selbstverständlich handelt es sich durchaus nicht darum, die „Gleichberechtigung" herzustellen, sondern lediglich nur um die bekannte Tendenz, die Existenzbedingungen der Konsumvereine so zu erschweren, daß sie ihre Lebensfähigkeit einbüßen.

Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.

D. „Svithiod", Kapt. Borg, ist gestern morgen von Kalmar auf hier abgegangen.

D. „Goole-Trader", Kapt. Blomberg, ist Mittwoch nachmittag von Hangö auf hier abgegangen.

D. „Rjekan" ist gestern von Newcastle auf hier abgegangen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Ein Logis zu verm.
Friedenstraße 21.

Möbliertes Parterre-Zimmer m. separatem Eingang u. Kaffee. Woche 2,50 Mk. zu vermieten.
Waisenhofstraße 11 a.

Zum 1. Juli eine kleine **Hinter-Wohnung** an einzelne Leute billig zu vermieten. Kahlhorststr. 1.

Gesucht zum 1. Oktober eine 2- bis 3-Stubenwohnung für Leute o. Kinder v. Hüxtertor. Miete 200 bis 250 Mk. Ang. u. **A K** a. d. Exp.

Junge Frau wünscht Beschäftigung für die Volksfesttage.
Näheres Ellerbrook 25.

Malergehilfe
auf gute, dauernde Stellung gesucht.
A. Evers, Mühlenstr. 68.

Gesucht ein Mädchen von 6 bis 8 Jahren in Kost und Pflege.
Offerten unter **P P** an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. Juli
ein junges Mädchen.
Frau **Westphal,** Engelswisch 16.

Ein kleiner eiserner Herd
zu kaufen gesucht. Ang. m. Preisang. unter **R 5** an die Exp. d. Bl.

Spottbillig Bettst. m. Sprgfm., Sofa, Kleiderschrank, Leinenschrank, Nähtisch Schwönekenquerstr. 28.

Gut erhaltene
Transmission
billig zu verkaufen.
Johannisstraße 46.

Schöne 6-7 Wochen alte **Ferkel** zu verkaufen
H. Lange, Mori.

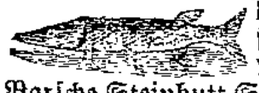
Gute Magnum bonum-Eßkartoffeln, Pfd. 3½ Pfg., gute gelbe lange rote, Pfd. 5 Pfg., 100 Pfd. billiger, empf.
C. Prestin, Depenau 13.

Ehrenerklärung.
Nehme die am 1. Pfingsttage im Kaffeehaus Moisling von mir gemachten beleidigenden Äußerungen gegen Fräulein Luise Meyer mit Bedauern zurück, da ich falsch orientiert war.
J. Schuhr, z. Z. in Hamburg.

Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.
Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Emaill., Vernick. bill. u. gut.
Carl Heynert, Lübeck,
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie **billig** und **reell** bei
Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10.
z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an, Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

„Zur Hansa"
Fischstraße 21.
Täglich von 12—3 Uhr.
Gr. bürgerl. Mittagstisch
nach der Karte a Portion **65** Pfg.
— **Abonnement: Ermäßigung.** —
Abendstamm von 6 Uhr an 40 und 50 Pfg.


E. Boy, Königstr. 61. F. 1811. Markthallst. 46.
Barsche, Steinbutt, Seelachs, Kabljau Rotzungen, prima Goldbutt billigst.
Lebende Aale und Schleie.

Feinste gelbkochende
Magn. bonum
100 Pfd. 3.25 Mk.
10 Pfd. 35 Pfg.
Johannes Müller
Hartengrube 21.

Jeden Sonnabend:
Heiße Knackwurst.
Heinr. Viereck
Hüxstraße 96.

Sängerfest in Schwartau.
Sonderfahrplan der
Neuen Hafenfähre G. m. b. H.
Ab Drehbrücke und zurück.
Sonnabend, den 17. Juni:
Nachm. 6—9½ Uhr halbstündlich.
Abends 10, 11 und 12 Uhr Extradampfer ab Schwartau.
Sonntag, den 18. Juni:
Morgens von 7—11 Uhr u. } halb-
nachmittags v. 1—10 Uhr } stündl.
Um 11, 12 und 12½ Uhr abends ab Schwartau Extradampfer.

Ab Hüxterdamm:
Sonntag, den 18. Juni, 7 Uhr morg. S/S „St. Lorenz"
sonst laut Fahrplan.
Neue Hafenfähre G. m. b. H.

Wetterichs Dampfer nach Waldhalle.
Die Fahrten zwischen **Holstenbrücke und Waldhalle:**
ab Holstenbrücke 2.15 3.50 5.10 6.45 8.20 nachmittags.
ab Waldhalle 3.00 4.30 5.50 7.35 9.00 nachm.
werden von Freitag, den 16., bis auf weiteres an den Wochentagen eingestellt, ausschließlich Dienstags (Konzerttag).

Weit unter regulärem Wert
stellen wir grosse Waren-Vorräte, welche wir besonders günstig einkauften, zu Einheitspreisen zum Verkauf.

Grosse
Sommer-Serien-Woche
Besonders günstig ausgelegt:
Damen- und Kinder-Schürzen
Handarbeiten Wäsche Korsetts
4% Rabatt. 4% in Marken.

Markmann & Meyer

Beachten Sie unsere Schaufenster.

Einem geehrten Publikum, Freunden und Gönnern die ergebene Mitteilung, dass ich das
Restaurant Konzerthaus Friedrichshof,
Schwartauer Allee 111,
übernommen habe.
Es soll mein eifriges Bestreben sein, durch aufmerksame Bedienung, gute Speisen und Getränke das Wohlwollen der mich beehrenden Gäste zu erwerben und bitte um gütigen Zuspruch. Gleichzeitig bringe meine Lokalitäten der Neuzeit entsprechend, gr. Saal mit Bühne, sowie herrlichen Nebenräumen zur Abhaltung von Hochzeiten, Klubessen, Versammlungen, Kommersen, Bällen und sonstigen Veranstaltungen in empfehlende Erinnerung und zeichne Hochachtungsvoll **Gustav Müller.**

Hurra! Keine Fleischnot ist da!
Möllers billige Fleischquelle 22 Fünfhausen 22
Kernfettes Rindfleisch
Junges Kalbfleisch
JungesSchweinefleisch
Pfd. 60
Prima Gehacktes Goulasch Pfd. 70
Fettes Kalbfleisch Karbonade Pfd. 80

Möbel | Betten | Polsterwaren
Gardinen | Kleiderstoffe | Teppiche | Wäsche | Uhren | Tischdecken
Sehen Sie
meine leichten Abzahlungs-Bedingungen:
Einrichtung 250 Mk Anz. 25 Mk w. Rate 2 Mk
Einrichtung 350 Mk Anz. 35 Mk w. Rate 3 Mk
Einrichtung 500 Mk Anz. 50 Mk w. Rate 4 Mk
Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mk. an.
Herren-Anzüge von 6 Mk. Anz. an.
wöchentliche Abzahlung von 1 Mk. an.
Kinderwagen von 3 Mk. Anz. an.
Lübecks erstes und größtes Kredithaus.
H. Kesten
17 Holstenstraße 17, 1. Etage.

Billig! **Käselager nur Hüxstr. 83-85** Billig!
Es kommen
ca. **30 000 Pfund Käse**
zum Verkauf, garantiert Tilsiter Vollfett-Käse
Pfund 60 und 70 Pfennig.
Tilsiter Fettkäse . . . Pfund 30 40 50 Pfg.
Holländer . . . . . „ 70 80 90 „
Schweizer. . Pfund 50 60 70 80 90 „